

Die „Volksmacht“  
erschließt insbesondere 8 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich **RM. 2.50**,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen **RM. 2.50**,  
fest ins Haus **RM. 2.92**,  
wo keine Post am Orte, **RM. 3.34**.

# Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühr  
beträgt für die einseitige  
kolonnenweise oder deren Raum  
25 Pfennige,  
für Rechtsanzeigen, Preislisten und  
Verkaufsanzeigen  
15 Pfennige.  
Ausdrückliche Anträge 35 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 130.

Breslau, Mittwoch, den 7. Juni 1911

22. Jahrgang.

## Eine Wahlbetrachtung.\*

Von August Bebel

Seit der ersten Auflage dieser Schrift — Frühjahr 1895 —, als eben das Geschrei nach neuen Zwangsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie laut geworden war — hat die innere Entwicklung Deutschlands große Veränderungen erfahren. Nur geringfügige politische, aber um so wichtigere ökonomischer Natur.

Die kapitalistische Entwicklung, abseits von der Konzentration des Kapitals, repräsentiert vornehmlich durch die Banken, und die Zentralisation der Industrie, repräsentiert vornehmlich durch die Syndikate und Trusts, hat seitdem ungeahnte Fortschritte gemacht. Aber diesen Fortschritten gegenüber wuchs auch auf dem Gegenpol die Zahl und die Macht des Proletariats. Der zahlenmäßige Ausbruch dieser beiderseitigen Fortschritte tritt in den Resultaten der Gewerbezahlungen der Jahre 1895 und 1907 und in dem Wachstum der sozialdemokratischen Wählerzahl bei den verschiedenen Reichstagswahlen seit 1893 zutage. Die Resultate dieser beiden Vorgänge müssen miteinander verglichen werden, um klar zu erkennen, daß mit der Veränderung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft im kapitalistischen Sinne, auch das politische Fühlen und Denken weiter Vollsätze, auf denen diese kapitalistische Entwicklung in erster Linie lastet, sich verändert und zwar zugunsten der Sozialdemokratie. Kapitalistische Entwicklung und Wachstum der Sozialdemokratie bedingen sich also gegenseitig, sie ergänzen sich.

Das ist eine so unleugbare Tatsache, daß Staatsmänner, Wirtschaftspolitiker und Volksvertreter, die diese übersehen, ihren Beruf verfehlen und für die Ausfüllung ihrer Stellung untauglich sind.

Auf die ökonomischen Umgestaltungen, die sich aus den Resultaten der Gewerbezahlungen ergeben, hier einzugehen, würde mich zu weit führen. Niemand, der sie kennt, bestreitet sie. Dagegen will man an den verschiedensten maßgebenden Stellen noch immer nicht einsehen, daß zwischen der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft und der politischen Entwicklung der Sozialdemokratie ein ursächlicher Zusammenhang besteht, der keinem Denkenden und Prüfenden entgehen kann.

Gewiß hängt das Wachstum der Sozialdemokratie nicht nur von der kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft ab, aber nur insofern nicht, als eine Reihe anderer untergeordneter Ursachen mitwirkt, dieses Wachstum zu steigern oder auch seine Steigerung zu verlangsamen, aber das Wachstum bleibt. Wenn die Sozialdemokratie im Jahre 1893: 1.787.000 Stimmen, 1898: 2.100.000, 1903: 3.000.000, 1907: 3.260.000 Stimmen mußte, so zeigt schon ein oberflächlicher Blick, wie grundverschieden das Wachstum der Stimmen von einer Wahlperiode zur anderen ist. Daß dieses Wachstum von 1903 bis 1907 nur ein geringes war, verschuldet der ungeheueren Druck und die Einschüchterung, die 1907 Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden in Verbindung mit den herrschenden Klassen zu einer kompakten Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie vereinigte, als gelte es, den bevorstehenden Umsturz der Gesellschaft zu verhüten. Der Kampf war einer der heroischsten, den die Partei zu führen gehabt hat, und daß sie den vereinigten Feinden zum Trotz dennoch an Stimmen zunahm, war ein großer Erfolg. Denn nicht in der Zahl der Mandate, die von großen Zufälligkeiten abhängt, sondern in der Zahl der Stimmen, die zeigen, welchen Boden die Partei im Volke hat und wohin sich ihre Anhängerschaft verbreitete, liegt der Schwerpunkt für ihre Machtstärkung.

Es ist nicht zu vernachlässigen, daß das gleich einem unentzerrbaren Fatum vor sich gehende Wachstum der Sozialdemokratie ihre Gegner, die an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung interessiert sind, erschreckt. Es ist eine unheimliche Wahrnehmung, daß die Gesellschaft in dem Maße, wie sie zu ihrer Vervollkommenheit fortschreitet, in ihrem Schoß auch die Elemente züchtet, die die Todfeinde eben dieser Gesellschaft werden müssen. Aber wenn schon im verfallenden römischen Kaiserreich die herrschenden Klassen sich mit den Christen nicht abzufinden bereit waren, um so weniger die herrschenden Klassen in der bürgerlichen Welt des 20. Jahrhunderts mit der Sozialdemokratie. Die Christen gaben schließlich ihre sozialen Forderungen zugunsten ihrer religiösen Glaubenssätze preis, die Sozialdemokratie, die keine religiösen Glaubenssätze zu vertreten hat, wohl aber politische und soziale Forderungen, kann diese nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben.

Die Ursachen, die die Partei ins Leben riefen, machen es aber auch unmöglich, die Partei zu unterdrücken, denn die Ursachen ihrer Existenz aufheben, hieße die kapitalistische Produktionsweise, die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufheben, hieße die Selbstvernichtung aussprechen, was die Gesellschaft nicht kann.

\* Demnächst erscheint im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ die Schrift von Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ in neuer Auflage. Nachfolgende Ausführungen hat Bebel als Vorrede der berühmten Schrift vorausgeschickt.

So mußte das Sozialistengesetz herfallen, und so würde die Umsturzvorlage haben verfallen müssen, wenn ihre Anhänger sich im Jahre 1895 über die Grundzüge, die in ihr zum Ausdruck kommen sollten, hätten verständigen können. Aber diese Verfolgungsinstitute gegen die verhasste sozialistische Bewegung wurzeln tief in dem Wesen der herrschenden Klassen. Allen geschichtlichen Erfahrungen zum Trotz, die die heute herrschenden Klassen selbst im Laufe ihrer eigenen Entwicklung machten, rufen sie immer wieder nach Gewaltmaßnahmen, sobald sie sich bedrängt fühlen oder gewisse Vorgänge ihnen Erfolg zu versprechen scheinen. Im Bewußtsein ihrer Ohnmacht ist die Gewalt der einzige Faktor, zu dem sie Vertrauen haben. Wie tief diese Verfolgungsinstitute wurzeln, dafür lieferten wieder die Krawalle, die Ende September und im Oktober 1910 aus Anlaß von Arbeitseinstellungen im Berliner Stadtteil Moabit ausbrachen, den schlagendsten Beweis. Diese Krawalle sollten für die Scharmacher und Anglimmer in der herrschenden Klasse den Vorwand abgeben zu verschärften gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie, um die von ihr bedrohte Gesellschaft zu retten. Freilich, der vermittelte und frech behauptete Zusammenhang der Sozialdemokratie mit diesen Krawallen konnte nicht nachgewiesen werden, es wurde sogar gerichtlich festgestellt, daß ein solcher nicht vorhanden war. Aber den um ihre Herrschaft besorgten Klassen genügt auch der Schein, um ihrer Sehnsucht nach Gewaltmaßnahmen gegen eine gehäßte und gefürchtete Partei Ausdruck zu geben. Das zeigte sich schon 1894.

An dem damaligen Attentat auf den Präsidenten der französischen Republik, Carnot, war die deutsche Sozialdemokratie ebenso unschuldig wie jene, die damals die Umsturzvorlage gegen sie verlangten. Genau so 1910 in Moabit. Aber denen, die Gott Mammon dienen, müssen alle Vorgänge zum besten dienen.

Einstweilen hat der Ausgang jener Prozesse das Geschrei nach Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie gedämpft, denn nicht diese, sondern das System, dessen Hauptstütze die Polizei ist, wurde in jenen Prozessen in einer Weise an den Pranger gestellt, wie ähnliches nie in einem zivilisierten Staate vorgekommen ist. Aber das verhindert nicht, daß bei einer nächsten Gelegenheit das Verlangen nach verschärfter Gesetzgebung sich wieder erhebt, denn das böse Gewissen läßt dem Unterdrücker keine Ruhe. Er sieht, wie gegen seine Urpation sich eine immer stärker werdende Macht erhebt, deren Sieg er fürchtet. Es ist eben eine alte geschichtliche Erfahrung: In Zeiten einer in der Umwälzung aller wirtschaftlichen und kulturellen Zustände begriffenen Geschichtsperiode, in der überall Neues zur Geltung drängt, verlieren die herrschenden Klassen leicht den Kopf und begehen Handlungen, die das Gegenteil dessen hervorufen, was sie bezwecken sollen. Statt zu beruhigen, regen sie auf, statt die Bewegung zu unterdrücken, was sie möchten, geben sie ihr neuen Nährstoff und beschleunigen den Sieg, den sie verhindern wollen.

In einem läuschte sich Friedrich Engels in seiner Auffassung. Die Partei hat aus den Kreisen der Kleinbürger und Kleinbauern nicht den Zuwachs erhalten, den er glaubte annehmen zu müssen. Er sah nicht die intensive Agitation, die das Agrarierium und die an der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands interessierten Schichten in den Kleinbauern- und Kleinbürgerkreisen entfalteten. Diese Kleinbürger und Kleinbauern, selbst Produkte eines rückständigen, unentwickelten ökonomischen Zustandes, ließen sich vielmehr von dem Sirenengesang der Agrarier und Rückwärtsler mit der Parole, die Bauern und Kleinbürger zu retten, einfangen und leisteten ihnen gehorsam Wahlhilfe. Die Enttäuschung wird nicht ausbleiben und sie hat, täuschen nicht die Zeichen der Zeit, bereits begonnen. Die kapitalistische Entwicklung macht in Deutschland Jahr für Jahr so riesenhafte Fortschritte, daß der eifrigste Kleinbürger und Kleinbauer sich dieser Erscheinung und ihren Wirkungen nicht verschließen kann. Er spürt sie am eigenen Leibe. Die hier in Betracht kommenden Schichten denken langsam und müssen sich erst aus vielen Vorurteilen befreien, aber sie denken. Blieb aus diesem Grund die raschere Fortschritt der sozialdemokratischen Partei hinter den Erwartungen, die Engels und mit ihm andere hegten, zurück, die Zukunft wird nachholen, was die Vergangenheit noch nicht brachte.

Vorausichtlich werden die nächsten Reichstagswahlen der Partei, im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen, einen erheblichen Stimmenzuwachs einbringen. Aber als wirklicher Gewinn kann nur angesehen werden, was über dreihundert Millionen Stimmen hinausgeht, da die ungünstige Situation der Wahlen im Jahre 1907 uns mindestens eine Viertelmillion Stimmen kostete, die wir bei normalen Wahlen hätten mehr haben müssen. Es wird sich also fragen, wie weit bis zu den nächsten Wahlen der Stimmungswandel und Gesinnungswandel in den Kleinbürgerlichen und Kleinbauern Schichten eingetreten ist. Alsdann könnte im Verein mit den vermehrten Arbeiterstimmen eine sehr erhebliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmenzahl eintreten, die alsdann Regierungen und herrschende Klassen veranlassen könnte, die Frage zu stellen: Was nun?

Uns über die Antwort auf diese Frage den Kopf zu zerbrechen, ist nicht unsere Aufgabe. Es kann alsdann möglicherweise einer jener weltgeschichtlichen Momente eintreten, die der Entwicklung eines großen, zahlreichen und intelligenten Volkes, wie es das deutsche ist, neue Wege aufzwingen, mögen die herrschenden Klassen wollen oder nicht.

Für die Sozialdemokratie ist die Richtung nicht gegeben; sie wird sich nicht, komme was wolle, von ihrem bisherigen Boden abdrängen oder verleiten lassen, ihr bedenklich scheinende Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden gegenüber sich zu Unbesonnenheiten und gewünschten Gewaltstreichen verleiten zu lassen. Stark im dem Bewußtsein, daß die ganze geschichtliche Entwicklung, ihr in die Hände arbeitet, und sie durch die Macht der Gründe und die Gerechtigkeit und Selbstverständlichkeit ihrer Forderungen der Kristallisationskern für alle wird, die an einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf sozialistischer Grundlage interessiert sind, und das ist schließlich die sehr große Mehrheit, kann sie festen Fußes und heiteren Auges das Kommen erwarten.

Aus den Lehren unserer großen wissenschaftlichen Vorkämpfer schöpfen wir die Zuversicht, daß die geschichtliche Mission der modernen Arbeiterklasse, die das Produkt der kapitalistischen Produktionsweise ist, ihr die Zukunft sichert, die erst für alle Menschen das Leben lebenswert macht.

## Politische Uebersicht.

### Mehrstimmenrecht oder gleiches Wahlrecht?

Die Angst vor dem Siegesmarsch des gleichen Wahlrechts drückt einem Mitarbeiter der freikonservativen „Post“ die Feder in die Hand. Er kann und will nicht glauben, daß der elfässige Wahlrechtsgreuel auch einmal in Preußen seinen triumphierenden Einzug halten könnte. Zwar hat er scharfsinnig „vorausgesehen“, daß die sozialdemokratische Presse versuchen werde, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Claß-Lothringen für die preußische Wahlrechtsbewegung zu fruchtbareren, doch klammert er sich an die Erklärung des Fürsten Bülow, daß das Reichstagswahlrecht mit den Landesinteressen Preußens nicht vereinbar sei und versichert tröstend, daß auch Herr von Bethmann-Hollweg auf dem Grundsaße der Stimmenabstufung beharre. Nach seiner Meinung — und der Mann ist „wohlunterrichtet“ — unterliegt es denn auch keinem Zweifel, „daß, wenn immer die Reform des preussischen Wahlrechts durch das Ministerium Bethmann wieder aufgenommen wird, die Regierungsvorlage un verändert auf der Grundlage der Abstufung des Wahlrechts nach dem bisherigen Gewicht der Wahlstimmen aufgebaut sein wird.“

Der wohlunterrichtete Mitarbeiter der „Post“ spielt den Maïden. Denn die „Erklärungen“, die die Minister von sich geben, und die „Grundzüge“, auf denen sie beharren, unzerbrechliche Balken wären, dann lohnte es sich überhaupt nicht, eine Wahlrechtsbewegung erst zu beginnen. Aber die Erfahrung aller Länder, auch die neueste Erfahrung im Deutschen Reich lehrt, daß alle Hindernisse zersplittern und weggeschwemmt werden, wenn Wahlrechtsbewegungen die nötige Energie entwickeln und mit taktischem Geschick geführt werden. Noch wenige Tage vor dem Abschluß der Claß-Lothringischen Verfassung vertraten sehr maßgebende Vertreter der bürgerlichen Linken die Ueberszeugung, daß nach den bindenden und bestimmten Erklärungen der Regierung an eine Beseitigung des Mehrstimmenrechts nicht zu denken sei. Und siehe da, es kam anders!

Das selbe, was von den Erklärungen der Regierung gilt, gilt auch von ihren Wahlrechtsvorlagen. Gewiß muß man Herrn von Bethmann-Hollweg nach seiner ganzen Vergangenheit, trotz des elfässigen Ausnahmefalles, die Loyalität zutauen, er werde bei seiner nächsten Wahlrechtsvorlage die Privilegien des Junkertums und der Bourgeoisie auf irgend eine Weise zu erhalten versuchen. Allerdings, wenn der Ministerpräsident wirklich, wie der Gewöhnliche der „Post“ behauptet, versuchen sollte, das neue Wahlrecht „nach dem bisherigen Gewicht der Wahlstimmen abzustufen“, so wäre eine solche Reform keine Reform, und die Regierung müßte wegen sinnloser Verschwendung des Papiers, worauf ihre Vorlage gedruckt ist, zur Rechenschaft gezogen werden.

Indessen kann man es Herrn von Bethmann-Hollweg überlassen, sich über seine Wahlreform den Kopf zu zerbrechen. Für die Anhänger der Vernunft, die Verfechter des gleichen Wahlrechts liegt die Sache viel einfacher, und alles, was die Regierung tut oder unterläßt, erklärt oder verschweigt, wird ihnen zum Vorteil dienen. Nach allem, was gewesen ist, könnte eine Wahlreform, die nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bringt — läme sie wirklich zustande — weiter nichts sein als eine Stappe zum gleichen Recht. Sofort nach ihrer Vollendung würden die Kämpfe von neuem beginnen und sie würden mit noch härteren Bestigkeit fortbauern, bis der Siegespreis gewonnen ist.

Die Regierung kann den Sieg des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht mehr verhindern, sie kann ihn nun noch erschweren und aufhalten. Sie redet vor der Frage

ob sie durch einen beherzten Beschluß dem Streit ein Ende bereiten soll, oder ob sie den Kampf ums Wahlrecht verschleppen, die Ruhe des Landes dauern lassen und die Zahl der Opfer in gewissenloser Weise vermehren will. Die Regierung sollte bedenken, ob der König von Preußen seine „Untertanen“ erschrecken lassen kann, weil sie eine Reform fordern, die er versprochen hat, und weil sie ein Recht verlangen, das er den Eliaß-Vorbringern gewährte!

Nein, alle vernünftige Erwägung spricht dafür, daß es jetzt nur noch eine Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage gibt, das ist die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Diejenigen, die sich dieser vernünftigen Erwägung verschließen, werden vor der Geschichte die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben.

### Ist der Gewerkschaftsbeitrag eine Rente?

Oft genug überlegt sich der Arbeiter: rentiert sich eigentlich der Beitrag, den ich an die Gewerkschaft zahle? Eine recht interessante und treffende Antwort bringt jetzt der Verband der Brauerer, und Mühlen-Arbeiter. Er zeigt seinen Mitgliedern ohne große Rechenarten einfach die folgenden Zahlen mit der Ueberschrift: „Die Taten der Organisation.“

Erreicht wurden		Erhöhung der Löhne	
Verfügnung der Arbeitszeit	Stunden	Mark	Mark
1898	407.940	196.982	196.982
1899	516.828	342.836	342.836
1900	1.580.956	1.136.768	1.136.768
1901	419.952	319.686	319.686
1902	520.424	140.296	140.296
1903	1.574.196	907.920	907.920
1904	1.625.000	2.249.116	2.249.116
1905	865.896	1.157.416	1.157.416
1906	2.199.876	1.898.312	1.898.312
1907	1.343.452	2.812.004	2.812.004
1908	844.844	981.980	981.980
1909	1.568.684	1.577.732	1.577.732
1910	2.607.112	2.579.508	2.579.508
zusammen 17.425.160 Stunden		15.905.968 Mark	

Dabei ist nicht mitgerechnet, was für Vorteile die in dieser Gewerkschaft angegliederten Arbeiter durch Bekämpfung von Verschlechterungen, Abschaffung von unhygienischen Arbeitsbedingungen usw. usw. gehabt haben. Und unberücksichtigt ist doch auch der gewaltige Fortschritt in den letzten Jahren, daß heute der organisierte Arbeiter im besonderen ganz anders behandelt wird als früher, wo er noch als einzeln zu der großen, stumpfen Masse gehörte.

Kann es, wenn man sich diese Tatsachen alle richtig in Erinnerung ruft, überhaupt noch die Frage geben: Rentiert sich mein Beitrag? Nein! Diese Frage kann es für einen Mann denken Arbeiter nicht mehr geben, es gibt da überhaupt nur noch eine Antwort und die lautet: Der Gewerkschaftsbeitrag ist heute für den Arbeiter die Ansprucherhebung auf eine Rente, wie sie eine Privatversicherungsgesellschaft, kein Staat und keine Wohlfahrtsbehörde leisten kann!

### Sausabund und Hülloschloß

Der Weipenfelder Blochhandel wird immer interessanter. Das „Berliner Tageblatt“, daß das schamlose Stichwahlabkommen mit den Junkern gleichfalls entschieden verurteilt, tritt jetzt der Annahme entgegen, daß es sich bei diesem Abkommen um einen Mandatsversicherungsvertrag Sommer-Windler handle, und bemerkt dabei:

Soweit bisher bekannt geworden ist, will Herr Windler nicht wieder kandidieren, sondern die Konservativen wollen in Merseburg Herrn Landrat a. D. Rötger, der bisher noch im Präsidium des Sausabundes sitzt, als ihren Kandidaten aufstellen. Von einem Beitrag auf Gegenseitigkeit zwischen den Wahlkreisen Merseburg und Weipenfeld verläutert bisher nichts, wenigstens eine Vermutung in dieser Richtung nicht ganz unwahrscheinlich ist.

## Wer tat's?

Roman von Konrad Zeimann.

(Nachdruck verboten.)

Mit welchem Entschluß hand sie auf und ging. Draußen wollten von den Leuten, die in ihrem Zimmer wußten, in ihrem Haus zu sein, daß sie aus dem Zimmer gehen, und nicht zurück kommen. Das würde es da wieder anders zu reden geben, als von dem Worte und von dem Begriffe gehen! Sie hatte wahrlich genug davon. Auch nach Severo fragte man. Warum man Severo nicht sah? Und nachmittags kamen sie doch in die Kammer der Madame Miron? Die Welt würde da sein und der Herr hatte wieder von seinem Kammerknecht bekommen, man konnte sich auf einen guten Tropfen setzen lassen. Serafina war froh, als sie nur endlich auf der Straße zu ihrem Hause war. Aber da ging wieder die ganze Welt in ihrer Kammer vor, die ebenfalls von der Waise zu kommen schien. Er war im Schmeicheleien und hatte sein Geheiß mit Selbstgenugtuung dem Herrn, der leere, helle Kammer schloßerte ihn an der Seite. Da er ganz langsam herkam, so wie er, mußte sie ihn einholen, oder er würde die Tür lang oder lang ihre Schritte hoch hinter sich hören. Nach kurzer Wartezeit wollte sie mit einem Geißel an ihm vorbeigehen. Aber nun rief er sie an und hielt sich neben ihr. „Serafina, wie geht es Euch? Eben hab ich mit dem Brigadier unter gesprochen. Morgen wird Severo Kocca verurteilt. Es ist ganz sicher. Er kann sich gefast machen.“

„Nun?“ Sie war erschrocken, aber sie würde das doch wieder nicht zeigen — denn es allererst. Die ich Euch gesagt habe: einer nach dem anderen. Es hat irgend ein Götter von einem Bericht eingeschlagen werden kann. Die lassen nicht los.“

„Serafina, wie geht es Euch?“ Er rief sie an und hielt sich neben ihr. „Serafina, wie geht es Euch? Eben hab ich mit dem Brigadier unter gesprochen. Morgen wird Severo Kocca verurteilt. Es ist ganz sicher. Er kann sich gefast machen.“

Herr Landrat a. D. Rötger ist nicht nur neben Herrn Nieber Vorsitzender des Sausabundes, sondern er ist auch Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller und als solcher Hüter des Jullustumschapes, der von den Scharfmachern für die kommenden Wahlen gesammelt worden ist. Man kann den Konservativen zum Jang dieses Goldfisches nur gratulieren, und man kann es obendrein als eine erfreuliche Klärung der Lage betrachten, wenn sich der offizielle Vertreter des Verbandes großindustrieller Arbeiterfeinde von der konservativ-agrarischen Junkerpartei als Kandidat für den Reichstag aufstellen läßt.

Ein Sieg des Herrn Rötger in Merseburg-Quersfurt würde zur Stärkung der Konservativen im nächsten Reichstag mehr beitragen als die Wahl einiger gleichgültiger Herren vom Schlage des Herrn Windler. Der Fortschritt aber kann sich bei dem Gegenseitigkeitsvertrag Sommer-Rötger wieder einmal in Glanz und Gloria zeigen als „Bekämpfer der Reaktion“.

**Das Dienstzeugnis.** In ihrem Wochenrückblick vom 3. Juni führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus, von welchem Standort aus man die Arbeiten des Reichstags im verflochtenen Tagungsabschnitt auch betrachten möge, wie man sich auch stellen möge zu den Ergebnissen dieser Arbeiten, immer werde der Eindruck haften bleiben, daß in anstrengender Tätigkeit bedeißame gesetzgeberische Leistungen vollbracht worden seien. Der Pessimismus, der noch während der Osterpause dem Reichstage hoffnungslos Schwachsinnigkeit nachgesagt und jede Aussicht auf das Zustandekommen der wichtigen zur Erörterung stehenden Gesetze verneint habe, müsse betonen, daß er „vorübergehende Hemmungen“ überschätzt und den vorhandenen Willen zur Tat nicht nach Gebühr gewürdigt habe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ registriert dann die Reichstagsarbeiten in der letzten Sessionsperiode und fährt fort:

Das Gesamtergebnis der Tagung ist somit ein breites Zeugnis für die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit dieses Reichstages, dessen vorzeitige Auflösung während der letzten zwei Jahre vielfach gefordert wurde. Ein Beweisgrund zugunsten dieser Forderung ist aus den positiven Leistungen des Reichstags nicht herzuholen. Selbst in solchen Blättern, die an den von der Regierung eingebrachten Entwürfen oder an der endgültigen Gestalt der Gesetze Kritik übten, wird beim Vergleich der parlamentarischen Lage vom Herbst 1909 mit der heutigen Situation anerkannt, daß der Reichstagskanzler mit seiner Hoffnung, der Zwang zum Schaffen werde sich über alle Parteiwurzeln hinweg geltend machen, recht behalten habe.

Wie die Massen des arbeitenden Volkes über das Ergebnis der Reichstagsarbeiten denken, wird sich bei den Wahlen, am Tage der Abrechnung und des Gerichts, zeigen.

Ein Vorfahrenprozess beschäftigte kürzlich, wie schon gemeldet, das Kriegsgericht in Köln. Angeklagt waren Leutnant Freiherr v. Capherr, Leutnant Freiherr v. Söhren und Oberleutnant v. Plessen. weil sie am 26. Juni 1909 in der Wohnung des Unteroffiziers Weich in Bonn, der ihr Vorgesetzter war, da sie damals einjährig bei den Bonner Eskadren dienten, den Hausfrieden gebrochen haben. Schon früher hatten „Plessen“ und „Söhren“ der Angeklagten den Weich, der ebenfalls einjährig diente, in den Fluss Sieg geworfen. In der bezeichneten Nacht zertrümmerten die Herren, die dem Studentenclubs Vorzusa angehören, nach einer großen Ranzerei die Tür der möblierten Wohnung des Weich, holten diesen aus dem Bett, warfen das Bettzeug aus dem Fenster, zerdrücken die Köpfe und begossen alles mit Wasser. Ferner beschimpften sie den Weich als Wasserlappi, Wasslappen und „nicht inoffiziationsfähig“. Der junge Leutnant Freiherr von Söhren wurde nicht beteiligt. Graf von Finkenstein und der Studierende von Düppers wurden seinerzeit vom Schöffengericht in Bonn zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer setzte die Strafe auf die Hälfte herunter und der Kaiser wandelte sie in Festung um. Die eingangs ge-

nannten drei Angeklagten waren vom Kriegsgericht ihres Rechts freigesprochen worden. Das Kölner Kriegsgericht verurteilte den Freiherrn von Plessen zu acht Tagen Gefängnis. Freiherr von Capherr wurde freigesprochen, weil nicht bewiesen sei, daß er Weichs Wohnung betreten habe. Gegen Freiherrn Weich von Söhren, der wegen eines verpackten Fußes nicht erschienen war, wird später verhandelt.

Aus dem württembergischen Landtag. Die württembergische Zweite Kammer, die wahrscheinlich bis Ende August tagen muß, hat sich in den letzten Tagen mit der Beratung des Etats des Innern befaßt. Beim Kapitel Zentralstelle für Gewerbe und Handel gab sich Gelegenheit eine Anzahl Frage sozialer Natur zu besprechen. Der nationalliberale Großindustrieller Vögel stimmte ein bewegliches Mitglied über den schweren Stand und den geringen Ertrag der württembergischen Industrie an; er führt diese unglückliche Notlage auf die allzustarke Belastung durch die soziale Versicherungsgesetzgebung, insbesondere durch die neue Reichsversicherungsgesetzgebung und die unausgeglichenen Lohnbewegungen der organisierten Arbeiter zurück. Dem millionenschweren Volksvertreter wurde durch den Genossen Dr. Vögel ein Vorwort über die Nachteile der Sozialgesetzgebung der Industrie eher zum Vorteil als zum Nachteil gereichte, auf jeden Fall ihr aber nicht schade. Wenn die Industrie, die in Württemberg in der Hauptsache eine auf den Export angelegene Verarbeitungsindustrie ist, Anlaß zur Klage habe, so liegt es über die verkehrte und schädliche Zoll- und Wirtschaftspolitik des Reiches.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, den Arbeitern Beiträge zum Besuch der Hygiene-Ausstellung in Dresden zu gewähren, wie ein von den Sozialdemokraten unterstützter Antrag des Zentrums, den von Organisationen (Gewerkschaften etc.) geschaffenen Rechtsauskunftsstellen (Arbeitersekretariate) Unterstützung aus staatlichen Mitteln zu gewähren, wurde angenommen. Genosse Feuerstein verlangte, daß den Konsumvereinen eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung angemessene Vertretung in den Handelskammern garantiert werde. Der Minister v. Pöschel gab eine ausweichende Antwort.

Von dem Abg. Genossen Dr. Lindemann wurde der Antrag begründet, die Regierung möge zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung mit den größeren Industriegemeinden des Landes in Verbindung treten. Während das Zentrum diesen Antrag unterstützte, traten ihm der Demokrat Hausmann, die Nationalliberalen und die Bauernbündler scharf entgegen. Der Minister vertrat den Standpunkt, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung keine staatliche, sondern eine kommunale Aufgabe sei. Schließlich fand der Antrag gegen die Stimmen der Volkspartei, der Nationalliberalen und der Bauernbündler Annahme.

Die Reichstagsersatzwahl in Düsseldorf. Die Presse des schwarzblauen Blocks sieht dieser Ersatzwahl zum Reichstage mit recht gemischten Gefühlen entgegen. Daß die Entscheidung im ersten Wahlgange fallen kann, ist nach Lage der Sache ausgeschlossen. Bei der Stichwahl aber liegt die Entscheidung wieder in den Händen der Nationalliberalen. Die „Kreuzzeitung“ unternimmt es nun bereits, dem Zentrum, daß den Liberalen nicht recht trauen will, Mut zuzusprechen, indem sie schreibt: „Nach den jüngsten Erklärungen des Abg. Wassermann und der nationalliberalen Parteipresse wäre es für die nationalliberale Parteileitung eine Beleidigung, wenn man annehmen wollte, sie könnte für Düsseldorf eine andere Stichwahlparole ausgeben, als sie für Gießen ausgegeben hatte.“

Die Konservativen nehmen offenbar an, daß die Nationalliberalen dem Zentrum die Schulpuberdiensche nicht verweigern können, die sie eben in Gießen den Antisemiten geleistet haben.

„Splendid“. Der bekannte Kohlen-Magnat, Geheimrat Kirdorf, ist stammer Ostmärker, er ist auch eines der einflussreichsten Mitglieder im Gesamtschuß des Ostmarke-Bereichs. An der Tagung der Ostmärker in Posen war er verhindert teilzunehmen, er hält es deshalb für angebracht, schriftlich noch nachträglich sein Einverständnis mit dem Treiben der Ostmärker zu erklären. Das wäre an sich natürlich höchst gleichgültig, interessant wird die Rundgebung des Geheimrats Kirdorf aber dadurch, daß er in seinem Schreiben ausführt:

Nachdem die Regierung diese Bahn überall da verläßt, wo das Deutschtum am gefährdetsten erscheint, ist es doppelt nötig, daß alle echt deutsch Empfindenden sich zusammenschließen und den Verein zum gezwungenen Kampf nach Kräften stärken. Ich überweise Ihnen anbei einen Beitrag von 1000 M., hoffend, daß das Beispiel Nachahmung finde.“ Diese Opferwilligkeit zeigt in Erlaunen, Herr Kirdorf, der Besitzer ungeheurer Millionen, opfert zum Kampf gegen die Paktur der Regierung einen „braunen Lappen“. Wenn die anderen Ostmärker in dem gleichen Maße nach ihren Vermögensverhältnissen opferwillig sind, dann dürfte der Ostmarkerverein eine reiche Sammlung von Nickel- und Kupfermünzen zusammenbekommen. Damit kann man zwar keinen Kampf führen, aber an einem halbtägigen Bierabend könnte es allenfalls reichen. 20 000 Mark wären für den Schloßbaron eine Kleinigkeit gewesen — da gibt er 1000 M. und tut sich noch dicker dabei!

„Kammi wurde. Es lockte in ihr „Kammi“, fragte sie nach einer Weile verächtlich, „was habt Ihr immer denn da geantwortet, Ser Rocco?“

„Die Wahrheit. Vor Gericht muß man so gut die Wahrheit sagen, wie im Reichstags. Man wird sonst meinächtig.“

„Und was nennt Ihr die Wahrheit?“ Ihre Lippe heblte der Ernst und Entschlossenheit.

„Daß ich Krähle Romero in der letzten Zeit alle Tage — auch an Tage der seiner Ermordung — habe zu Euch gehen sehen, während Severo Kocca in den Brühen war.“

„Nun?“ Ihre Zähne hatten leise aufeinander geknirscht.

„Weiter nichts. Weiter habe ich nichts gesehen. Weiter kann ich auch nichts sagen.“ Er blieb stehen und schlug Feuer an, um sich seine Virginia wieder in Brand zu setzen, die ihm zuckersüß war.

Serafina mußte ein paarmal nacheinander die Atmen. Sie stellte sich ganz richtig. Der das wohl zu kümmern hat! Severo kann niemand etwas nachweisen. Severo war in jener Nacht gar nicht drin.“

„Hörst du irgend etwas von Severo?“ Eine kleine Weile, dann sagte er langsam weiter gehend, die Augen am Boden: „Ja, wenn ich niemand drinnen gesehen hat, dann ist's gut, dann ist alles gut. Mein Zweifel kann dann an ihn. Aber wenn man einen Zeugen hat — man muß nur keinen Zeugen haben, nicht wahr. Ein Zeuge ist schlimmer. Dann hängen sie sich, das wirst du sehen.“

„Es ist kein Zweifel, so kann Severo Kocca ganz richtig sein. Guten Morgen, Serafina. Auf Wiedersehen!“

Er öffnete seinen Hut und ging, da sie den Eingang zu seinem Kabinett inzwischen erreicht hatten. Heute hatte er ihr nicht ein einziges Wort eines seiner letzten Worte zugehört, und was er geäußert, hatte sie unbefangenen gelassen, als wäre es ihm nicht über das Weiter und die Auslieferung der Wahrheit. Aber nie hatte sie ihn so gehäßt, wie in dieser Stunde, und mehr, als das: sie ist so genervt. Ja, sie liebte ihn sehr tief. Dieser Mann machte etwas, mußte er nicht, er jagte sie. Schon gestern Abend hatte er ihr geäußert, sie werde ihre Sprache ihm gegenüber schon wieder finden. Und heute — jetzt eben — wie hätte er noch gesagt:

„Man muß nur keinen Zeugen haben — aber wenn man einen Zeugen hat — ein Zeuge ist schlimmer.“ Das sollte das andere bedeuten, als daß es einen Zeugen dafür gab, daß Severo in jener Nacht doch drinnen gewesen war und der ihn also als Zeuge vor Gericht aufhängen konnte, wenn er das Geheimnis behauptete? Serafina begriff auch ganz gut, daß er dadurch doch viel mehr zu erreichen vermochte, als wenn er nur einfach zugegeben hätte, er war drinnen. Sie sah sich um.

„Nun“, sagte er. „Nun“, sagte sie nach einer Weile verächtlich, „was habt Ihr immer denn da geantwortet, Ser Rocco?“

„Die Wahrheit. Vor Gericht muß man so gut die Wahrheit sagen, wie im Reichstags. Man wird sonst meinächtig.“

„Und was nennt Ihr die Wahrheit?“ Ihre Lippe heblte der Ernst und Entschlossenheit.

„Daß ich Krähle Romero in der letzten Zeit alle Tage — auch an Tage der seiner Ermordung — habe zu Euch gehen sehen, während Severo Kocca in den Brühen war.“

„Nun?“ Ihre Zähne hatten leise aufeinander geknirscht.

„Weiter nichts. Weiter habe ich nichts gesehen. Weiter kann ich auch nichts sagen.“ Er blieb stehen und schlug Feuer an, um sich seine Virginia wieder in Brand zu setzen, die ihm zuckersüß war.

Serafina mußte ein paarmal nacheinander die Atmen. Sie stellte sich ganz richtig. Der das wohl zu kümmern hat! Severo kann niemand etwas nachweisen. Severo war in jener Nacht gar nicht drin.“

„Hörst du irgend etwas von Severo?“ Eine kleine Weile, dann sagte er langsam weiter gehend, die Augen am Boden: „Ja, wenn ich niemand drinnen gesehen hat, dann ist's gut, dann ist alles gut. Mein Zweifel kann dann an ihn. Aber wenn man einen Zeugen hat — man muß nur keinen Zeugen haben, nicht wahr. Ein Zeuge ist schlimmer. Dann hängen sie sich, das wirst du sehen.“

„Es ist kein Zweifel, so kann Severo Kocca ganz richtig sein. Guten Morgen, Serafina. Auf Wiedersehen!“

Er öffnete seinen Hut und ging, da sie den Eingang zu seinem Kabinett inzwischen erreicht hatten. Heute hatte er ihr nicht ein einziges Wort eines seiner letzten Worte zugehört, und was er geäußert, hatte sie unbefangenen gelassen, als wäre es ihm nicht über das Weiter und die Auslieferung der Wahrheit. Aber nie hatte sie ihn so gehäßt, wie in dieser Stunde, und mehr, als das: sie ist so genervt. Ja, sie liebte ihn sehr tief. Dieser Mann machte etwas, mußte er nicht, er jagte sie. Schon gestern Abend hatte er ihr geäußert, sie werde ihre Sprache ihm gegenüber schon wieder finden. Und heute — jetzt eben — wie hätte er noch gesagt:

„Man muß nur keinen Zeugen haben — aber wenn man einen Zeugen hat — ein Zeuge ist schlimmer.“ Das sollte das andere bedeuten, als daß es einen Zeugen dafür gab, daß Severo in jener Nacht doch drinnen gewesen war und der ihn also als Zeuge vor Gericht aufhängen konnte, wenn er das Geheimnis behauptete? Serafina begriff auch ganz gut, daß er dadurch doch viel mehr zu erreichen vermochte, als wenn er nur einfach zugegeben hätte, er war drinnen. Sie sah sich um.

„Nun“, sagte er. „Nun“, sagte sie nach einer Weile verächtlich, „was habt Ihr immer denn da geantwortet, Ser Rocco?“

**Erbbaurecht.** Die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung beschloß am Donnerstag grundstücklich, städtisches Gelände im Erbbaurecht zu vergeben. Aus den für die Vergabe aufgestellten Bedingungen ist hervorzuheben, daß städtisches Gelände nur zur Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern im Erbbaurecht vergeben werden soll. Von dem gesamten Gelände dürfen nur 1/10 bebaut werden, mindestens die Hälfte bleibt als Tier- oder Ruhngartenland vorgesehen. Die Vermietung eines auf Grund des Erbbaurechts erbauten Hauses, auch die teilweise Vermietung, bedarf der Zustimmung des Magistrats, die sich auch auf die Höhe des Mietzinses bezieht. Das Erbbaurecht ist auf einen Zeitraum von 80 bis 80 Jahren zu erteilen; die innerhalb der nächsten 30 Jahre erteilten Erbbaurechte sollen alle zum gleichen Zeitpunkte, als beispielsweise am 1. Januar 2002 endigen. Die beim Ablauf des Erbbaurechts auf oder unter der Oberfläche des Grundstücks vorhandenen Bauwerke fallen der Stadt als Eigentum zu, die die Hälfte des Schätzwertes zu ersehen hat. Als Erbbauzins sind 4 Prozent des Nutzungswertes zu entrichten. Als Nutzungswert werden 2/3 des von der Schätzungskommission ermittelten Verkaufswertes angesetzt. Im Falle ungenügender Verwertung eines Gebäudes, das auf einem Erbbaugrundstück errichtet werden soll, können die städtische Sparkasse oder das städtische Pfandbureau das Gebäude besetzen. Bei Verleugung von Mietwohnhäusern kann die Stadt die Miete übernehmen.

**Ordnungsmittel.** Aus einem größeren oberbayerischen Orte wird der „Münchener Post“ gemeldet, daß ein Polizeibeamter die Wohnungen der zum Militärdienst ausgehobenen jungen Leute aussucht und unter anderem folgende Fragen an sie richtet:

Sind Sie Mitglied einer freien Gewerkschaft oder der Partei? Oder der freien Turnerschaft?

Lesen Sie die „Münchener Post“ oder das „Bayerische Wochenblatt“? Haben Sie sich am Festtag für die Meistersfeier beteiligt?

Es scheint sich also um Schnüffelzettel zu handeln, die von überall bei den zukünftigen Militäristen veranlagt werden.

**Flugblätter für Studenten nicht handesgemäß.** Zum 16. Juni hat die Berliner freie Studentenschaft eine allgemeine Nichtinkorporierten-Versammlung einzurufen, die eine Protestkundgebung gegen die Auflösung der freien Studentenschaft in Halle und gegen den jedoch bekannt gegebenen Beschluß des Berliner Akademischen Senats sein soll, der den studentischen Korporationen und Vereinigungen verbietet, zur Ankündigung ihrer Vorträge und Versammlungen vor der Universität Flugblätter verteilen zu lassen. Das Verbot hat seinen Grund darin, daß eine solche Art der Werbung sich mit akademischer Sitte angehtlich nicht vertrüge soll.

**Rechtsgericht.** Zum Falle Zitho wird der „Post. Ztg.“ mitgeteilt, daß die Ladung der von Zitho genannten 11 Zeugen mit der Begründung abgelehnt wurde, das Material zur Beurteilung der Persönlichkeit und Wirksamkeit des Vorgeladenen liege in den Akten bereits vor. Auch sei Zitho die Erlaubnis nicht erteilt worden, sich in der Hauptverhandlung eines eigenen Stenographen zu bedienen. Ueber die Fortführung der „Rechtsprechung“ vorgelegenen Geschäftsordnung, die den Geschäftsgang beim Spruchkollegium und die Befugnisse des Vorsitzenden und der Beiräte zu regeln hat und die der königlichen Bestätigung bedarf, verläutet noch nichts.

### Musland.

#### Die reaktionäre Strömung in der Türkei.

Ueber den Sieg der Konserveativen im Komitee für Einheit und Fortschritt, der Spitze der türkischen Organisation, wird dem „Tamps“ aus Konstantinopel berichtet: Vor etwa einem Monat gelang es dem reaktionären, islamistisch-militaristischen Element, die Oberhand im Komitee zu gewinnen. Ihr Hauptziel ist diese Richtung in dem Kriegsminister Mahmut Scherif, der die Regierung leitet, in dem Hauptminister Davud Bey, dessen Sturz denn auch gescheitert ist. Die Forderungen der Konservativen sind in zehn Artikeln ausgesprochen, die teils die Stellung und die Pflichten der Mitglieder, der Abgeordneten und Beamten betreffen, teils die Wahrung der öffentlichen Moral, der nationalen und religiösen Gebräuche und der geschichtlichen Überlieferung fordern. Was damit gemeint ist, geht aus zwei weiteren Artikeln hervor, die vorgelegt, aber mit Rücksicht auf den heftigen Widerstand der Gegenseite wieder zurückgezogen wurden. Sie lauten: 1. Angehörige von Fremden und Fremden können weder im Streit noch im Militärdienst beschäftigt werden. Die Regierung hat den isolanischen Militäristen und Beamten und Offizieren zu fordern, die zu Yogen gehören und sich weigern, ihre Verbindung sofort in feierlicher Form zu lösen. 2. Da die Politik der sogenannten Othomanisierung nach dreißigjährigem Versuch kein Ergebnis gezeitigt hat, sollen die verschiedenen christlichen Elemente aus allen Ämtern entfernt werden und die Regierung für die Vereinigung und den Zusammenschluß des moslimischen Elements Sorge tragen. — Die Fremden, die bei uns ein sehr harmloses, gut speisendes und dabei „ausgezeichnetes“ Element bilden, sind in türkischen Ländern vielfach noch die Träger der Kultur und des Kampfes gegen die Reaktion. So bezeichnet man wie in der römischen Kirche auch bei den türkischen Konservativen damit alle fortschrittlichen Strömungen. Natürlich wird die Reaktion, nachdem ihr Hauptschlag gescheitert ist, sich an der formalen Zurückziehung der zwei äußersten Punkte ihres Programms nicht stoßen und weiter in der gleichen Richtung arbeiten.

Ueber die sozialen Zusammenhänge des Rückfalls schreibt Genosse Kalowski im „Republik“, daß es sich hier um ein Bündnis der Militäristen, der alten Bureaucratie, der Geistlichkeit mit den aktiveren Großgrundbesitzern handele, die bis zur Umwälzung unter dem Schutze des Despotismus das Leben mittelalterlicher Feudalherren geführt und massenhaft armenische, kurdische und andere Bauern ihres Landes beraubt haben. Außer diesem Feudalherrenum besteht der ganze Einfluß des türkischen Elements in der Beherrschung der Beamten- und Offiziersposten, die ihnen bis zur Revolution allein zugänglich waren. Es handelt sich dabei weniger um religiöse als um nationale und ethnischen Interessen, da auch die mohammedanischen Araber ausgeschlossen waren. Auch die zum Islam übergetretenen Juden werden beargwöhnt — zu ihnen gehörte der gewesene Finanzminister. Alle diese rückwärtigen Schichten, die nun ihren alten Platz an der Spitze mit anderen teilen sollten, berechneten sich, um gestützt auf die überlegende Stellung des Offizierskorps und die Gleichgültigkeit der Volksmassen, dem Fortschritt in der Verwaltung ein Ende zu machen. Man merkt an dem amannenden Auftreten des Kriegsministers in der Kammer, sagt Kalowski, wie sehr er sich als Herr der Lage fühlt.

#### Besehung deutschen Konzeptionsgebietes in Marokko.

Das Marokko-Minensyndikat erhielt folgendes Telegramm aus Tanager: In Lebdu, einer marokkanischen Stadt, 80 Kilometer östlich von Taza, die kürzlich von französischen Truppen besetzt wurde, ist eine Mannesmannsche Minenexpedition unter Leitung des Dr. Bertram ausgewiesen worden. In diesem Gebiete liegen bedeutende Mannesmannsche Konzeptionen, deren Felder jetzt unter dem Schutze französischer Truppen durch französische Mineningenieur besetzt wurden.

Im französischen Ministerrat gab der Kriegsminister Kenntnis von den Anstellungen, welche dem General Moirier bezüglich der Organisation der militärischen Streitkräfte sowie der Operationen gegen die Jaeras erteilt worden sind. Gegen letzteren Stamm wird bekanntlich eine Strafexpedition eingeleitet.

wegen des von ihm gelegten Hinterhaltes, bei dem ein französischer Offizier und ein Unteroffizier ihr Leben eingebüßt haben.

**Die türkische Kammer** hat am Donnerstag die Budgetebatte beendet. Das Defizit des ordentlichen Budgets beträgt 7.787.888 Pfund, wozu 8.196.000 außerordentliche Kredite kommen. Die Kammer genehmigte auch den Artikel des Budgetgesetzes, wonach die Regierung zur Aufnahme einer Desigitantleihe ermächtigt wird. Der Großwesir erklärte, daß hierdurch der Abschluß des vier Millionen betragenden zweiten Teiles der letzten Anleihe genehmigt sei und drückte die Hoffnung aus, daß die ordentlichen Ausgaben gedeckt würden. Weiter ermächtigte die Kammer die Regierung, eine Anleihe von 2 1/2 Millionen zur Deckung der Kosten für die einer französischen Gesellschaft zu übertragenen Straßenbauten aufzunehmen. Der Finanzminister erklärte, die Anleihe werde zu günstigen Bedingungen mit Frankreich abgeschlossen, womit die Beziehungen zum französischen Markt wieder aufgenommen würden. Die Kammer beschloß mit 78 gegen 84 Stimmen, die begonnene Debatte über das Chelersche Bahnprojekt mit Ostantolien für die nächste Session zu verschieben und setzte trotz des Widerstandes des Kriegsministers die Militärpensionen um 20 Prozent herab.

Der Kammer ist der Entwurf eines Vertrages zugegangen, durch den der Bau und der Betrieb der Zweifachlinie Uda-Basar nach Voti der Anatolischen Bahngesellschaft übertragen wird.

**Die Demokraten im amerikanischen Repräsentantenhaus** machen nunmehr Ernst mit ihrem Zollprogramm. Der Caucus der demokratischen Mitglieder des Repräsentantenhauses trat am Donnerstag zusammen und beriet den von Clark und Underwood gemachten Vorschlag für die Revision der Zölle für Wolle, wie sie in das von dem Ausschuss für Mittel und Wege vorbereitete Gesetz aufgenommen worden sind. Das Gesetz sieht Ermäßigungen aller bestehenden Zölle auf Wolle um 1/2 bis 2/3 der jetzigen Höhe vor.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Juni.

#### Eisenbahner-Renten.

Wie es den Eisenbahnern geht, die bei der Arbeit unglücklich, und wie für die Witwen und Kinder der Eisenbahnarbeiter gesorgt wird, das zeigte wieder eine der jüngsten Sitzungen des Schiedsgerichts für Arbeiter-Versicherung im Eisenbahn-Direktionsbezirk Breslau.

Der Fahrkartensortierer Hans hat durch einen Betriebsunfall eine Querschnittverletzung erlitten. Die Eisenbahndirektion bewilligte ihm anfänglich eine Rente von 66 2/3 Prozent. Nach kurzer Zeit mußte sich der Verletzte einer Nachuntersuchung unterziehen; die Folge davon war die Herabminderung der Rente auf 50 Prozent. Jetzt lautet das gemeinschaftliche Gutachten der Ärzte der Unfallstelle für Unfallverletzte, daß die Verletzte nur geringfügig seien, und nur eine unbedeutende Nervosität bestehe, die mit 20 Prozent wohlwollend entschädigt sei. Der Verunglückte klagt, daß er heftige Schmerzen verspüre und sich sein Zustand durchaus nicht so gebessert habe, daß eine so bedeutende Rentenminderung berechtigt wäre; er bat, es bei der alten Rente zu belassen. Das Schiedsgericht schloß sich jedoch dem Gutachten der Unfallärzte an und wies den Mann ab.

Die Witwe Bachmann in Marschowitz beantragte die Gewährung von Hinterbliebenenrente für sich und ihre kleinen Kinder. Ihr Mann war viele Jahre im Dienste der Eisenbahn. Im Jahre 1894 verunglückte er im Betriebe. Er erlitt einen Bruch des linken Schlüsselbeins; außerdem verletzte er sich Kopf und Rücken. Die Direktion gewährte ihm eine Unfallrente von 50 Prozent. Der früher ferngelagerte Mann litt sehr. Es stellten sich nach und nach andere Leiden ein; das Nervensystem wurde vollständig zerstört, die Augenlider konnte er nicht schließen. Der Arme fühlte sich ganz unglücklich. Verjährliche Dose konnte sein Leiden nicht mildern. Voriges Jahr endete der Rentendienst durch Selbstmord; er konnte die Schmerzen nicht mehr ertragen. Der behandelnde Arzt begutachtete, es sei nicht von der Hand zu weisen, daß der schwere Unfall mitgewirkt habe. Es hätte sich bei dem Verstorbenen eine traumatische Neurose gebildet. Die tuberkulösen Leiden hatten sich mehr und mehr verschlimmert, sodas Bachmann den Tod herbeigesehnt habe. Das eingeholte Obergutachten lautete indeßen für die arme Witwe nicht günstig. Einen ursächlichem Zusammenhang des Unfalls mit dem Tode erkannte der Arzt nicht an. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft beantragte deshalb Abweisung der Klage. Nach der händigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts braucht die Berufsgenossenschaft Hinterbliebenenrente nur dann zu gewähren, wenn ein Unfallverletzte sich in Geistesumnachtung das Leben genommen hat. Das sei hier nicht der Fall. Der Mann habe bei vollem Bewußtsein Selbstmord verübt. Dazu kommt noch, daß die Verletzung einen Zusammenhang nicht anerkennen. Die arme Frau bat weinend, sie nicht hilflos zu lassen. Die Verweisung habe ihren Mann in den Tod getrieben; nur durch den Unfall könne das Leiden entstanden sein. Nichts half; die Ärmste wurde abgewiesen.

Der Vorsitzende, Geh. Regierungsrat Gaud, glaubte die Frau lösen zu müssen. Er gab ihr den Rat, sich an das Reichsversicherungsamt zu wenden; vielleicht entscheidet es günstiger. Vorläufig ist das Rechtsmittel des Recurses noch gegeben. Trifft erst die Reichsversicherungsordnung in Kraft, dann ist auch in solchen Fällen nur die Revision möglich, die höchst selten für die Verletzten und Hinterbliebenen eine günstige Entscheidung bringt.

#### Gewöhnung an den Verlust beider Weine!

In der Zeit, wo hauptsächlich die Konservativen und die frommen Zentrumsleute daran gehen, die deutsche Arbeiterkraft in der Arbeiterversicherung völlig mundtot zu machen, ist es angebracht, zu zeigen, was den armen Verletzten schon heute zugemutet wird und wie die unglücklichen Opfer der Industrie und der Landwirtschaft behandelt werden.

Dem 14 Jahre alten Dienstmädchen Johanna St. aus M. im Kreise Kagnit wurden am 26. August 1907 bei der landwirtschaftlichen Arbeit von der Dreschmaschine beide Untereckel zerplatzt, so daß sie bis unterhalb des Knies abgehoben werden mußten.

Der Vater der unglücklichen, schon im Kindesalter zum Krüppel gewordenen Arbeiterin erhob bei der sährstlichen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Rentenansprüche. Aber erst am 27. August 1908, also genau ein Jahr nach dem Unfall, erlangte diese ihre Verpfändung zur Zahlung einer Unfallentschädigung an.

Inzwischen war nun das verunglückte Mädchen, nachdem die amputierten Beinenden verheilt waren, der Bestimmung „Krank“ in das Krankenhaus, die im Volksmunde „Rentenquästel“ genannt wird, überwiesen worden. Nach Verlauf von etwa zwei Monaten, im Mai 1909, gab Professor Hefmann über den Zustand seiner Patientin folgendes Gutachten ab: „Es wurde hier der Patientin nach Ausfertigung eines Gipsmodells ein provisorischer Gehapparat konstruiert, mit dem sie das Gehen erlernen konnte, bevor ihr künstliche Beine fertiggestellt waren. Mit dem Apparate kann sie recht gut gehen und Krücken setzen, indem sie zur besseren Erhaltung des Gleich-

gewichts sich eines Stodes bedient. Um dieses Resultat zu erreichen, war es notwendig, die Patientin verhältnismäßig lange Zeit hier zu behalten. Es handelt sich um eine noch junge Person, bei welcher richtig geleitete Übung zu einem guten Resultat führen könnte. Sie ist jetzt insofern, kleinere Strecken zurückzulegen und im Stehen längere Zeit Arbeiten zu verrichten. Ihre Erwerbseinkünfte wird auf 70 Prozent geschätzt.“ Nach diesem Gutachten hat also ein Mensch, dem beide Beine fehlen, nur ein Drittel seiner Arbeitskraft eingebüßt. In Wirklichkeit konnte das Mädchen sich nur unter großen Schmerzen und sehr langsam mit den künstlichen Beinen fortbewegen. Es war nicht nur nicht insofern zu arbeiten, sondern brauchte noch als hilfloser Krüppel zeitweise Bedienung. Aber gestützt auf dieses ärztliche Gutachten legte die Unfallversicherungsgenossenschaft dem Mädchen eine Rente von 70 Prozent der Vollrente als ausreichende Entschädigung der Unfallfolgen fest. Die hiergegen vom Vater eingeleitete Berufung wurde vom Schiedsgericht verworfen. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für jugendliche weibliche Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter war für Ostpreußen auf jährlich 150 Mark festgestellt. Die 70prozentige Rente der gesetzlichen Zweifeld dieses Jahresarbeitsverdienstes betragen nun jährlich 60 oder monatlich 5,85 Mark.

Das war der Schadenerlös für die beiden verlorenen Beine. Nach vollendetem sechzehnten Lebensjahre der Rentnerin stieg die Rente. Von da an wurde ein Jahresarbeitsverdienst von 250 Mark der Berechnung zugrunde gelegt, wofür sie vom November 1908 an monatlich 9,75 Mark Rente erhielt. Damit sollte nun also der arme Landarbeiter seine hilflose Tochter, die sonst in diesem Alter eine Stütze ihrer Eltern gewesen wäre, ernähren. Der Vater nahm den Kampf um Erhöhung der Rente mit Erfolg auf. Das Reichsversicherungsamt entschied am 22. April 1910, daß der Berechnung der Rente ein Jahresarbeitsverdienst von 326 Mark zugrunde zu legen und eine 80prozentige Rente von monatlich 14,50 Mark zu zahlen sei. Aber schon im Januar 1911 beschloß die Berufsgenossenschaft, dem Mädchen diese sehr bescheidene Rente wieder zu kürzen, indem sie die 80prozentige Erwerbsunfähigkeit auf eine 60prozentige herabsetzte. Die Herabsetzung der Rente wurde wie folgt begründet: „Da Sie durch Übung und Gewöhnung eine erhebliche Sicherheit im Gehen erreicht haben und Sie, nachdem Ihnen ein zweites Paar künstlicher Beine geliefert worden ist, die Ihnen verbleibende Erwerbsfähigkeit besser ausnützen können, rechtfertigt sich die Herabsetzung.“

Das jetzt 17 Jahre alte Mädchen erhält nach der Herabsetzung der Rente monatlich 10,90 M. Es kann sich nur kurze Strecken ohne Hilfe fortbewegen und stehend nur kurze Zeit, jedoch unter fortwährenden Schmerzen in den Beinrumpfen, kleine leichte Arbeiten verrichten. Außer der Berufsgenossenschaft und deren Vertrauensarzt glaubt vielleicht niemand daran, daß man sich an den Verlust beider Beine so gewöhnen kann, um sein Leben bei monatlich 10,90 Mark Rente fristen zu können.

Und da wagt man es, den Arbeitern die Reichsversicherungsgeese als eine den Arbeitern gewährte große Wohlthat hinzustellen, wofür sie der Regierung und den herrschenden Klassen besonders dankbar sein sollen. Die Lobredner der Arbeiterversicherung sollten einmal selbst versuchen, mit den „hohen“ Renten auszukommen; sie würden dann sicher gar bald noch lauter als die Arbeiter eine angemessene Verbesserung fordern.

Auch in diesem Falle ist ferner hervorzuheben, daß sich das arme Mädchen nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen noch einmal an das Reichsversicherungsamt wenden und gegen die Herabsetzung der Rente Recurs einlegen kann, um die bisherige Rente von 14,50 Mark zu beantragen. Wäre die Reichsversicherungsordnung bereits Gesetz, dann ginge das nicht mehr. Und so wie diesem Mädchen würde es den meisten Unfallverletzten gehen. Das Schiedsgericht kürzt die ohnehin schmalen Renten und es bleibt dabei; denn es gibt keine höhere Instanz, die das bittere Unrecht beseitigen könnte. So wollen es im Lande der „besten sozialen Fürsorge“ die Ritter und Herren, die den Reichen und Reichsten einen Vorteil nach dem andern zuschanzen!

**Der goldene Ofen.** Im Prozeß wegen des goldenen Ofens der Breslauer Fleischer-Zunigung vor dem Mischener Oberlandesgericht ist es im Termin am 3. Juni noch nicht zur Entscheidung gekommen; es wurde vielmehr beschlossen, über den Wert des Ofenbeckens Beweiz zu erheben.

**Der Blumentag.** Der geschäftsführende Ausschuss des Breslauer Blumentages dankt der gesamten Bevölkerung, besonders aber den Blumenverkäufern, für die Unterstützung des Blumentages.

**Größtliche Verleumdung der Prinzipalim.** In der Sitzung des Kaufmannsgerichts am 31. Mai wurde über eine eigentümliche Streitsache verhandelt. Es lagte ein Buchhalter gegen eine Firma auf Zahlung von 975 M. Gehalt für drei Monate. Der Kläger hatte bei der Firma mehrere Jahre eine Vertrauensstellung inne. Nach dem Tode des Chefs ist er aber entlassen worden. Es wurde ihm aber zur Last gelegt, die Inhaber der Handlung schwer beleidigt zu haben. Das Kaufmannsgericht hielt es für angebracht, eine umfangreiche Beweisaufnahme anzustellen, um Klarheit in der Sache zu gewinnen. Es wurden drei Zeugen vernommen. Nur einer sagte gegen den Kläger Belastendes aus. Dieser Zeuge befandete, der Kläger hätte sich ihm gegenüber geäußert, die Frau sei allein an dem Tode ihres Mannes schuld. Es habe die nächsten Verwandten des Mannes nicht ans Krankenbett zugelassen; das hätte ihn so aufgeregt, daß er wahnsinnig geworden und gestorben ist. Der Kläger bestritt entschieden, sich so oder ähnlich geäußert zu haben. Es wurde festgestellt, daß der Zeuge dem Kläger nicht wohlgesinnt ist. Das Gericht sah deshalb auch von seiner Verurteilung ab und erkannte auf einen richterlichen Eid, der Kläger soll beschwören, die behauptete Äußerung nicht getan zu haben. Schwört er, dann wird die Firma verurteilt, schwört er nicht, dann wird der Kläger mit seinem Anspruch zurückgewiesen. Dieses Urteil ist berufsungsfähig.

**In dem Wurdanfall und Selbstmord im Eisenbahndirektionsgebäude** erfahren wir, daß die beiden Beamten bis vor etwa einem Vierteljahr sehr befreundet waren. Bei einem Besuche im Theater hatten sie sich gelegentlich einer Bekanntschaft mit einer Dame verabredet; die Bekanntschaft wuchs seitdem. Am Nordtag hatte Przyski an seinen Mitarbeiter ein Ansuchen gestellt, das dieser schroff zurückwies. Da man bei der Bekanntschaft zwei neue Revolver vorband, die beide scharf geladen waren, so muß vermutet werden, daß dieses Ansuchen in der Luft zerfiel zum amerikanischen Duell bestanden hat. Als dieses zurückgewiesen wurde, war Przyski in so große Wut geraten, daß er seinen Gegner hintertäuscht niederlegte.

**Selbstmord eines Lehrers.** Der Volksschullehrer Hans Feil, der in Bärwalde, Kreis Münsterberg, angestellt ist, wurde am 3. d. M. früh in der Wohnung seiner Pflegeeltern aus der Erdgeschichtstube tot aufgefunden. Der 44 Jahre alte ledige Mann hatte sich mit einem Revolver erschossen; die Beweggründe zu der Tat sind bisher nicht bekannt geworden.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Dabow. — Redaktion und Druckerei: Neue Druckerei, — Verlag von Oskar Gatz. — Druck von P. Gatz, G. m. b. H. — Druck in Breslau. — Gestrichelt von P. Gatz.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die Druckereihaftung.



# 1. Beilage zu Nr. 130 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 7. Juni 1911.

## 10. Bundestag der Arbeiterturnvereine.

Hannover, 4. Juni 1911.

Am Sonntagabend trat der Bundestag zu seiner Konstituierung zusammen. Es sind insgesamt 140 Personen anwesend; im einzelnen 12 Bundesvorstands- und ein Bundesauswahlsmitglied, 14 Kreisvertreter, 12 Kreisturnwart, 102 Delegierte aus 17 Kreisen, sowie die Referenten Frau Böhm aus Schöneberg; die befreundeten Arbeiterorganisationen sind vertreten durch Böhm und Boischapla-Müssig vom österreichischen Arbeiterturnerbund, Knapp-Prag vom tschechischen Turnerbund, Zimmermann-Offenbach vom Arbeiterfahrerbund, Massa-Regel-Berlin vom Arbeiterschwimmerbund, Strumpf-Magdeburg vom Arbeiter-Athletenbund, Schulz-Berlin von der Zentrale der Arbeiterturner.

Zu dem Büro wurden gewählt: der Bundesvorsitzende Harnisch-Leipzig und Wohlers-Bremen als Vorsitzende; Jäschke-Leipzig, Fringmann-Hannover, Fischer-Mitteleben als Schriftführer. Die zur Beratung stehende Tagesordnung lautet: 1. Bericht über den vergangenen Bundestag, 2. Mitigation, Organisation und Zentralisation. Referent: Harnisch-Leipzig. 3. Jugendturnen und Jugendturnverbände. Referent: Bildung-Leipzig. 4. Frauenturnen. Referent: Turnschweizer W. Böhm-Schöneberg. 5. Die Weltturnfrage. Referent: Koppisch-Leipzig. 6. Die Erziehung eigener Turnplätze. Referent: Harnisch-Leipzig. 7. Statutenänderungen, Neuwahlen, Anträge und Verschiedenes.

Am ersten Feiertag erhielt als erster Redner Harnisch das Wort zum Vorstandsbericht. Wir schilderten das wichtigste aus den beiden gedruckten Jahresberichten bereits in einer Vorberichterung. Harnisch behandelte zunächst zwei im Vorstandsbericht nicht erwähnte Angelegenheiten der Vereine Lindenau-Leipzig und Chemnitz. In Lindenau handelte es sich um die aus dem Bau einer eigenen Turnhalle entstehenden Geldschwierigkeiten, wobei der Vorstand durch sein finanzielles Einwirken die Aufrechterhaltung der Halle möglich machte. Ob es ihm auch gelingt, das Chemnitzer Objekt zu realisieren, wo es sich um die Aufrechterhaltung eines eigenen Lokales mit Betriebskosten handelt, in welchem gleich im ersten Jahre ein nach Tausenden zählendes Defizit gemacht wurde, steht noch dahin. Beide Fälle sind eine Warnung vor der oft leichtfertigen Managiermethode desartiger Projekte. Der Redner erklärte dann, wie die Verhandlungen mit der Jugendorganisation zu einer erfreulichen Einseitigkeit und zu dem Standpunkt geführt haben, daß beide Bewegungen sich gegenseitig unterstützen müssen.

Ein besonderes Kapitel bilden die behördlichen Verfolgungen und Strafen gegen den Bund. Obwohl das Reichsgericht entschieden hat, daß das Turnen der schulfähigen Jugend nicht verboten werden kann, kehrt die preussische Regierung sich den Tadel daran, sondern erklärt immer wieder neue Verbote und Strafandrohungen wegen der Teilnahme jugendlicher Personen am Turnunterricht der Arbeiterturnvereine. Die Vereinigen Turngenossen sind bis zur Stunde mit Strafbefehlen bis zur Höhe von 2250 M. bedacht worden. Sämtliche schließlichen Vereine haben das Jüglingsverbot erhalten. Trotzdem Beschwerde beim Minister erhoben und um Einhalt der Strafbefehle nachgesucht wurde, sendet man immer aufs neue Strafbefehle. Der Redner erörterte demgegenüber, daß alles getan werden müsse, damit dieser scharfe Wind die Arbeiterturnvereine noch kräftiger und schärfer aufpfeicht (Leb. Verfall).

Die Diskussion brachte keinerlei Kritik an Vorstand und wurde, nachdem 6 Redner gesprochen, durch Schlusssatz zu Ende gebracht. Von Bedeutung waren nur die Meinungen über die Doppelmittelschaft im Arbeiter-Turnerbund und der deutschen Turnerschaft. Niemann-Mannheim, Heimann-Gera, Rasch-Langendiebach und der Vorsitzende Harnisch verurteilten sie energisch, während Georgi-Maxtracht sie von Fall zu Fall beurteilen wollte und Kind-Hamburg sie hauptsächlich aus den Abhängigkeitsverhältnissen der betreffenden Mitglieder erklärte und sich stritte gegen ein Verbot wandte. Es wurde jedoch gegen wenige Stimmen das Verbot der Doppelmittelschaft angenommen. Der Kassierer Bachhaus gab den Kassenbericht. Er erwähnte die hohe Unfallziffer gegen das Vorjahr und die gestiegene Ausgabe für Rechtschutz in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Das Bundesvermögen ist seit dem Sonntag 1909, hauptsächlich infolge der guten Entwicklung des Bundesgeschäftes, von 55 906 M. auf 115 741 gestiegen. Auch zu diesem Bericht war die Debatte kurz und zuühnend. Angenommen wurde der vom Bundesvorstand gestellte Antrag, eine Untereinigungskasse für die Vereine des Bundes einzurichten.

## Breslauer Sommertheater.

zum 1. Male: „Waldmeister“.

Operette in 3 Akten von G. Dabiz, Musik von Johann Strauß.

Am Sonntagabend wurde uns eine „Novität“ beschert, die das in einer Operette ziemlich respektable Alter von 15 Jahren hat. Wenn der „Mittertagman“ und der „Simplicius“ des Waldmeisters nicht zu uns gelangt sind, so erklärt sich das aus der oben angegebenen der betreffenden Textbücher, die auch einen Johann Strauß nicht zu besonders rühmlichen Zeiten begeistern konnten. Das Libretto zum „Waldmeister“ ist aber bei aller Sachlosigkeit so lustig und voller guten Einfälle, daß eine so verpatete Ausarbeitung, zumal bei dem jetzigen Tiefstande der Operette, fast unbegreiflich erscheint.

Eine lustige Gesellschaft, bestehend aus Forstleuten und einer Anzahl lebensfröhlicher Damen, an ihrer Spitze die viel „bestaltete“ Sängerin Pauline, wird bei einer Landpartie von einem Umwelter überrast und flüchtet in eine Mühle, wo sie ihre durchdrängten Kleider gegen die reichlich vorhandenen Garbeneren, der Müllerburschen und Bäuerinnen verkauft. Der restreue Oberforstpat Thymoleon von Célius verfolgt die Juchzögerin, findet aber nur die Sängerin, die sich für seine ullen Nachreden dadurch an ihm rächen will, daß sie ihn in sich verliebt macht. Pauline, die in dem grössten Koffm der Müllerin sehr verführerisch ausieht, hat damit keine großen Schwierigkeiten, zumal der Forstpat im „Amputierten“ geübt ist. Die beiden werden von der bestalteten herbeiweißenden Gesellschaft überrascht. Inzwischen ist die gelungenste Figur des Stückes, der Botaniker Müller, eingetroffen, der, ebenfalls durchdrängt, in die Kleider des Müllers schlüpft und vom Forstpat für den Mann der verführten Müllerin gehalten wird. Die sich nun ergebenden Konsequenzen, Verwicklungen und Ueberraschungen sind hier nicht zu beschreiben; sie üben auf der Bühne eine unbeschreibliche komische Wirkung aus. Das Textbuch des Herrn Dabiz bewegt sich in dem gemächlichen Tone des alten Lustspiels; es wird nie banal und verfällt auch nicht in den heute üblichen Possenblödsinn, gamscht mit erdichten Gemeinheiten. Der Charakter des Textbuches hat entschieden günstig auf die Komposition gewirkt. Die Musik schlägt mit Glück die Hade der allseitigen „Fledermaus“ ein. Sie vermag nur nicht mehr, wie früher so kräftig zu packen wie jene, einmal weil uns die „Fledermaus“ schon so sehr vertraut ist, andererseits weil es doch eben zweiter Versuch ist. Im ersten Akt wird das Duett zwischen Thymoleon und Pauline nach köstlich, ebenso das feste Bager-

Die Leitz-Leipzig erstattete Bericht über die Entwicklung des Bundesgeschäftes. Im Jahre 1908/09 betrug der Jahresumsatz 44 438 M., 1909/10 dagegen 81 374 M., 1910/11 175 354 M. Und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres erzielte er bereits 101 418 M. gegenüber 54 087 M. in den gleichen Monaten des vorigen Jahres. Baumgarten-Leipzig berichtet über die vorgenommenen Revisionen und beantragt dem Vorstand, soweit er unter Aufsicht der Revisionskommission steht, Entlastung zu erteilen.

Zu dem Punkt Bundesgeschäft liegen zwei weitgehende Anträge vor, erstens zur Leitung des Geschäftes sind zwei Geschäftsführer anzustellen, welche Mitglied des Bundesvorstandes sein müssen, und dem Gesamtvorstand gegenüber dem Bundesgeschäft die Stellung eines Aufsichtsrates zu verleihen; zweitens, durch den Bundestag eine Kommission zu wählen, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Bundesgeschäft und im Bundesamtigen Personen regelt. Ein weiterer Antrag will das Bundesgeschäft von der Bundesverwaltung trennen, dieser Antrag wird von Wohlers-Bremen begründet. Die beiden ersten Anträge werden angenommen und betont, daß in den Verlagsitzungen die Geschäftsführer nur beratende Stimme haben. In die Kommission zur Regelung der Gehälter wurden 7 Turngenossen gewählt.

Redakteur Bildung referierte dann über die Fachzeitungen, worüber wir morgen berichten werden.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Juni.

### Geschichtskalender.

6. Juni.

1568 Graf Camont und Graf Horn, niederländische Patrioten, hingerichtet.

7. Juni.

1905 Norwegen erklärt sich unabhängig.

### Briefe, die ihn nicht erreichen.

Von Wichtigkeit für die Presse war ein Prozeß, der heute Vormittag vor dem Breslauer Schöffengericht verhandelt wurde. Genosse Reinhold Dars war als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes angeklagt, eine Verächtlichung, die der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Thomas in Berlin, eingesandt hatte, nicht aufgenommen zu haben. Herr Thomas prangt recht viel mit Verächtlichungen in der Presse. Seine Verächtlichung an uns war als Einschreibbrief „an die Redaktion der Volkswacht“ adressiert, während nach Reichsgerichtsurteilen ein Verächtlichungsschreiben an die Person des verantwortlichen Redakteurs zu richten ist. Genosse Dars verteidigte sich damit, daß er den Brief nicht erhalten habe. Jeder der sechs Redakteure der „Volkswacht“ sei berechtigt, an die Redaktion gerichtete Briefe in Empfang zu nehmen und darüber zu verfügen. Hätte Thomas von ihm als dem Verantwortlichen etwas haben wollen, dann hätte er Sorge tragen müssen, daß der Brief in seine Hände gekommen wäre. Der Anwalt beantragte daraufhin selbst die Freisprechung und das Gericht erkannte dementsprechend.

### Der Boykott geht weiter!

Gegen die Bädermeister, die den Tarif der organisierten Gesellen nicht anerkennen wollen, wird der Boykott scharf weitergeführt. Solange die Bewilligungs-Plakate in den Bädern, Badeleien usw. aushängen, wüsten die Hausfrauen genau, wo boykottfreie Waare zu holen ist. Die Polizei hat aber, wie wir wiederholt mitteilen, die Plakate entfernt, wodurch die Bädermeister unterstützt wurden. Um aber dem laienenden Publikum doch die Geschäfte kenntlich zu machen, die Waaren aus tarifirenden Betrieben führen, hat die Lohnkommission rotumranderte Plakate ohne Aufschrift, nur mit dem Organisationsstempel versehen, herausgegeben. Wir bitten dringend, nur dort zu kaufen, wo ein solches Plakat aushängt. Der Bädermeister, der nicht einmal die be-

schriebenen Gesellenforderungen anerkennen will, ist auch nicht wert, daß ihm auch nur ein Arbeitergrößen ins Haus getragen wird.

Wenn die Arbeiter und besonders die Arbeiterfrauen, den Boykott hochhalten, dann dürfte noch mancher Bädermeister zur Besinnung kommen und den Tarif anerkennen. In den Gewerkschaftsversammlungen bietet sich gute Gelegenheit, die Mitglieder auf den Boykott hinzuweisen.

Da mehrere Arbeiterverkehrslokale immer noch boykottfreie Waaren führen, werden die dort verkehrenden Arbeiter ersucht, den Wert auf das hinzuweisen, was notwendig ist. Wir bitten, das Bäderverzeichnis im Inseratenteil auszuscheiden und zu beachten.

### Ein Feind der Arbeiterrenten.

In der Zeitschrift für Politik hatte der frühere Senatspräsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Friedensburg, schwere Angriffe gegen die Arbeiterversicherung geschleift. Er meinte, die Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung habe immer mehr die sachliche Grundlage des Gesetzes verlassen, sich auf das menschenfreundliche Empfinden gestützt und ihre Entscheidung aus sozialen und persönlichen Gründen heraus getroffen. Renten würden bewilligt, obwohl keine Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten sei, Betriebsunfälle würden konstatiert ohne jeden Zusammenhang mit dem Betriebe, die Rentenhöhe richte im Volksleben immer größere Verberungen an, der Berlek habe gar kein Interesse mehr an seiner Wiederherstellung, Simulation und Uebertreibungen seien an der Tagesordnung.

Die Scharfmacher und Feinde der Arbeiterversicherung sorgen für weitest Verbreitung dieses Urteils eines 20 Jahre lang in der Arbeiterversicherung tätigen höchsten Richters. Seinem Urteil würde besondere Bedeutung zugemessen, da er in seiner langen Tätigkeit doch die Praxis gründlich kennen gelernt haben müsse.

In der Tagespresse sind die Angriffe des Herrn Friedensburg bereits als sachlich unrichtig dargestellt worden. Um aber das vielgepreisene „objektive“ Urteil dieses Herrn im rechten Lichte erscheinen zu lassen, ist es notwendig, sich mit der Persönlichkeit des Dr. Friedensburg und seiner Amtstätigkeit näher zu befassen.

Dieser Aufgabe hat sich Robert Schmidt in einem Artikel des Korrespondenzblattes der Generalkommission unterzogen. Schmidt kennt die Amtspraxis des Herrn Friedensburg durch seine jahrelange Tätigkeit als Zentralarbeitsrat und Vertreter der Berlekten vor dem Reichsversicherungsamt. Er schildert sie wie folgt:

Herr Geheimrat Friedensburg ist während seiner Tätigkeit im Reichsversicherungsamt von allen Vertretern der Arbeiter ohne Unterschied der politischen Parteianschauungen als ein vorzüglicher betrachtet worden, dessen unheilvoller Einfluß in der einschlägigen Weise zu Ungunsten der Arbeiter sich geltend machte. Diese seine Vorgehensweise machte sich insbesondere durch ein hartes, oft geradezu rücksichtsloses Benehmen gegenüber den Berlekten, die vor seinem Senat als Kläger erschienen, geltend. Jedes soziale Empfinden über die vorliegende Lage, in welche Versicherte durch schwere Leiden, die der Unfall ausgelöst hatte, geraten waren, ließ ihm fern. Wiederholt sind Vorfälle in der Verhandlung, die zu widerwärtigen und peinlichen Ausbrüchen führten, Gegenstand der Beschwerden worden und haben den gegenwärtigen wie auch den verstorbenen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes genötigt, Herrn Friedensburg Vorhaltungen über sein unqualifizierbares Benehmen zu machen. Bekannt ist, daß er selbst in seinen Kollegien kreisen vielfach durch sein Verhalten Anstoß hervorrief und mehr denn einmal Mitglieder eines Senats das Verlangen stellten, aus seinem Senat auszuscheiden, da sie durch das Benehmen eines nerts übertriebenen Mannes ein Zusammenarbeiten für unmöglich hielten. Die Art seiner Verhandlung war eine derartige, daß nicht selten das Anschauen des Reichsgerichts im Reichsversicherungsamtes in hohem Maße darunter gelitten hat. So gehörte es zu seiner Gewohnheit, daß er dem Referenten in

ließ, mit dem sich Pauline einflücht. Der zweite Akt ist bedeutend reicher bedacht. Schon das Anfangstueck zwischen der Sängerin und der Reichsgerichts-Kommission (ein durchaus aktuelles Stück!) ist außerordentlich effektiv. Die Musik erreicht mit dem zweiten Finale, das mit dem gleichen Aktluß der „Fledermaus“ die größte Wechselschleife aufweist, ihren Höhepunkt. Wer schreibt heute noch solche Finales? Der dritte Akt ist kürzlichs bedacht: hier schrieben mir mangels geeigneter Gesangskräfte einige Nummern fortgelassen worden zu sein. Von starker Einschlag waren die Coupletts des Botanikers Müller aus Klauen, der von Herrn Langendorf mit dem einfachsten Mitteln und unwiderstehlicher Komik dargestellt wurde. Eine Gitarrikolle, die sich in den Händen eines ganz kleinen Stradivis befindet und allein schon den Reiz der Operette verleiht.

Die Aufführung war gut vorbereitet. In erster Linie stand neben Herrn Langendorf Fräulein Phila Wolff, eine Schauspielerin, welche immer wieder eine große Routine zeigt und auch gelanglich über das übliche Niveau eines Sommertheaters hinausgeht. Die anderen, weniger bedeutenden Partien wurden von den Damen Dierich, Loges und Kramer, sowie den Herren Fischer, Merz-Lüde, Mann und Aratz recht wirksam zur Geltung gebracht. Das Orchester unter Leitung des Herrn Dr. Dulle kann in dem großen Raume Feinheiten nicht in genügender Weise zur Geltung bringen; eine Strauß-Partitur verlangt auch eine andere Zusammenetzung. Die Ausstattung war sehr nobel. Es leider nur spärlich besetzte Haus geriet namentlich vom zweiten Akt ab in eine sehr antimierte Stimmung. Wenn dieser „Waldmeister“ auch nicht gerade herausragt, so vermag doch sein aromatischer Duft nicht so leicht auszuweihern. S. M.

### Aus aller Welt.

**Die Cholera in Venedig.** In der Presse tauchen die sonderbarsten Meldungen über Umfang und Bekämpfung der Seuche auf. Hiernach erscheint besonders das Verhalten der städtischen Behörden geradezu skandalös. Der „Breslauer Volkszeitung“ entnehmen wir folgende Darstellung: „Mit Ausnahme der offiziellen italienischen Telegraphenagentur „Agenzia Stefani“ ist es niemandem unbekannt, daß in Venedig die Cholera herrscht. Auf Grund einer Drehmeldung konnten wir vor einigen Tagen berichten, daß die fürchterliche Krankheit nicht weniger als dreihundert Menschen in der Lagunenstadt ergriffen hat. Trotzdem diese Nachricht in ihrem ganzen Umfange durchaus den Tatsachen ent-

spricht, haben die venezianischen Behörden die Kühnheit, sie durch die „Agenzia Stefani“ zu dementieren und die ungeheuer Verantwortungen auf sich zu laden, den zu Pfingsten besonders starken Fremdenstrom nach Venedig nicht von dort abzulenken. Dieser unerhörten Unwissenlosigkeit setzen sie die Krone auf, indem sie sich für unsere Korrespondenten bestimmtes Telegramm, er möge über die Cholerafälle berichten, dem Empfänger nicht zu stellen ließen, um auf diese Weise die Verichterstattung zu verhindern.

Daß sich die venezianischen Behörden damit tief unter die himmlischen Stellen, die bei der jüngsten Pestepidemie alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln anwendeten, um die Verbreitung der Seuche zu verhindern, konnte einem schließlich gleichgültig bleiben, wenn nicht durch diese sträfliche Leichtfertigkeit geradezu ganz Europa in Gefahr gebracht würde, von der Cholera heimgesucht zu werden. Daß es übrigens auch in Venedig träge Männer gibt, die das Schicksal, die Cholera einfach hinwegzulassen, mißbilligen, geht aus dem nachstehenden Drahtbericht unseres Wiener Korrespondenten hervor:

Wien, 8. Juni.

Nach einer Triester Meldung verläutet in dortigen ärztlichen Kreisen, daß der Physikus von Venedig sein Amt niedergelegt hat, da er die Verantwortung für die von den Behörden gegen die Cholera ergriffenen Maßnahmen, die er als vollkommen unzureichend erachtet, nicht übernehmen will. Die Herzogin von Venedig tritt heute in einer Sitzung zusammen, um über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. In Triester ärztlichen Kreisen tabelt man sehr die Leichtfertigkeit der Behörden gegenüber den Choleraerkrankungen. Die italienischen Behörden leugnen, daß von ernster Gefahr die Rede sein kann.

Das deutsche Publikum ist durch die Zeitungsberichte gewarnt und wird sich also hüten, jetzt nach Venedig zu reisen. Damit ist jedoch nicht die Gefahr beseitigt, daß die Cholera bei uns ebenso eingeschleppt wird, wie in Graz. Soffentlich setzen rechtzeitig die Maßnahmen der deutschen Sanitätsbehörden ein, um die möglichen Folgen der unantwortlichen Sorglosigkeit der amtlichen Stellen, in Venedig von Deutschland abzuwenden.

Eine andere heute verbreitete Meldung sagt zu dieser An Gelegenheit folgendes: „Trotz offiziellen Dementis des Bürgermeisters von Venedig erhalten sich die Gerüchte vom Vorhanden-

Die Mädchen und Frauen

der Umgegend Breslaus haben an den Pfingstfeiertagen einige gut besuchte Versammlungen abgehalten, die Parteilorganisation wieder eine größere Anzahl neuer Mitglieder zuführten. Für heute und die nächsten Tage sind noch folgende Frauenversammlungen einberufen:
Marxshöhe b. Deutsch-Billa. Dienstag, den 6. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, bei Müller.
Breslau. Mittwoch, den 7. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, Pöler (Wilhelmshöhe), Steinitz 157/158.
Klein-Elbanisch. Donnerstag, den 8. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, bei Ulbricht, früh. Winkler (Gerichtskreischam).
Krollwitz bei Kobornitz. Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 6 Uhr unter freiem Himmel im Garten des Maurers Kluge.

In allen Versammlungen spricht Genossin Greifenberg über wichtige Fragen, die das Leben und Leiden der Frauen und Mädchen tief berühren.

Die Pfingstfeiertage waren diesmal vom herrlichsten Wetter begünstigt, das nur am Pfingstmontag Nachmittag von einem heftigen Gewitter unterbrochen wurde, das aber als eine wahre Wohlthat empfunden wurde. Vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden war es zum Teil unerträglich heiß, daß die lustigen Sommerkleider voll in ihre Rechte traten. Der Verkehr in und um Breslau war außerordentlich stark. Auf allen Bahnhöfen drängten sich Kopf an Kopf tausende und abertausende von Ausflüglern, die Kleinbahn konnte dem Aufsturm gar nicht gerecht werden. Die Elektrische Straßenbahn, die Omnibusse, die Damfer im Ober- und Unterwasser reichen, beströmten in den Nachmittagsstunden nicht aus, um den Verkehrsverkehr zu bewältigen. In den Haltestellen der Elektrischen standen oft fünfzig bis hundert Leute, die vergeblich darauf warteten, mitfahren zu können.

Ein buntes Treiben herrschte auf dem großen Platz hinter dem Schlachthof in Bödelwitz, wo wie seit Jahren viele „Sebenstürbischen“ Jung und Alt anstochten und die Baickuben gar viele dazu reizten, ihr Glück im Spiel zu versuchen. Viele Tausende schoben sich hin und her und manchmal war das Gedränge geradezu bedrückend. Die Kranzierstraße auf und ab wogte eine unübersehbare Menschenmenge, unter der es manchen gab, der seinen „Gewinn“ vom Baickplage nach Hause trug. Die auswärtigen Gastwirte sind sicher auf ihre Rechnung gekommen, denn in manchem Garten war in den Abendstunden fast nichts mehr zu haben. Für die vielen Gastwirtegehilfen und Gehilfinnen bringen die Feiertage meistens nur übermenschliche Anstrengungen, während der Lohn oft sehr gering ist.

Besonders erfreulich ist der immer mehr zunehmende Verkehr in die nahen und fernen Ausflugsorte unserer schönen Provinz. Gewiß, noch müssen Sehtausende dasheim bleiben oder können höchstens in einen Borort gehen, um die Sorgen der Großstadt für einige Stunden zu vergessen. All die Herrlichkeiten der Berge und Täler sind heute noch der großen Masse vielfach verschlossen. Aber schon rücken sich die Armeen, um auch hier zu geniesen. Die Jugend gründet Wanderpartys, damit die nötigen Gelder für einen Ausflug ins Gebirge gesammelt werden, und die Alten machen es ihnen nach. So fordert der Profitier mit Recht überall das, was ihm zukommt. Er will nicht nur arbeiten, sondern auch leben und Menich sein und seine Freude haben. Der rechte Pfingstgeiz lehrt uns kämpfen und siegen, er lehrt uns die Welt erobern und sie so gestalten, daß jeder des Lebens froh werde.

Zum Eisenbahn-Unfall in Samowich wird uns mitgeteilt, daß die schwer verletzten Werkmeister Dinter und Wittner in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Kloster der Barnherzigen Brüder gestorben sind. Dinter war mehr als 60 Jahre alt, Wittner hoher Fünfziger; beide wollten sich im Oktober 1911 pensionieren lassen.

Wieder eine Lebensrettung. Ein Arbeiter, der jetzt den Soldatenrock trägt, hat am Sonnabend ein Kind aus der Ober gerettet, wofür ihm die höchste Anerkennung gebührt. Der siebenjährige Schulknabe Ernst Kirchstein, der Bellschlagstraße Nr. 11 bei Verwandten wohnt spielte am Sonntag Vormittag mit anderen Jungen am Oberufer an der Müllerinsel. Plötzlich fiel der Kleine in die Ober. Das sah der vorübergehende Schiffbauer Klappauf, der jetzt beim 62. Infanterieregiment dient und in Breslau auf Urlaub ist. In wenigen Sekunden hatte der brave Mann seine Oberkleidung ausgezogen und war ins Wasser gesprungen, um den Jungen zu retten. Das edle Werk gelang ihm auch; er tat noch ein übriges, indem er den Jungen in der Wohnung seiner Pflegeeltern brachte, die den wackeren Lebensretter mit Worten des Dankes überhäuften.

ihre Bibliothek wie ihr Butterbrot, ohne über das Ge...

Als ich in meinen jetzigen Wirkungskreis trat, fand ich schon eine Jugendbibliothek vor. Die Kinder schleppten 3 oder 4 Bücher heim, und als ich sie nach dem Inhalt des Gelesenen fragte, schauten sie mich ganz verwundert ob dieser sonderbaren Frage an. Kein einziges konnte mir Auskunft geben. Dem mußte abgeholfen werden.

Von nun an erhielt jedes Kind nur ein seinem Bildungsstande entsprechendes Buch mit. Ich richtete die letzte deutsche Stunde am Sonnabend zur „Erzählstunde“ ein.

Jedes Kind mußte mir Nummer und Titel ansagen, dann kam die Frage: Wer kann uns von seinem Gelesenen erzählen? Anfangs kamen die Finger nur spärlich und schüchtern hervor. Bald wurde es besser.

Nicht nur die Begabteren meldeten sich, auch die Schwerküchling lernten nach und nach ihr Buch zu einer abgerundeten Erzählung benutzen. Es ist die Freude am Selbsterfordern, Selbsterdenken, die meinen Kindern und mir diese Stunde zur liebsten der Woche macht. Sie bietet mir Einblick in die Kindespsyche wie kaum eine andere.

Wie verläuft nun eine Erzählstunde? Nachdem alle ihr Thema genannt, wähle ich selbst oder lasse die Kinder wählen, was und wen sie hören wollen. Den guten Erzählern hören alle aufmerksam zu. Auch ich merke auf, ohne jedoch bei Unrichtigkeiten und Sprachfehlern den Erzählenden zu unterbrechen. Die kurze Kritik kommt hernach. Oft habe ich, weil alle Kinder gespannt lauschten, den guten Erzähler nicht unterbrechen wollen, manchmal schneide ich ihm aber doch, wenn er gar zu sehr in die Breite geht, das Wort ab mit der Aufforderung: Sage in wenigen Worten, wie die Geschichte verläuft und endet. Das gibt Gedankenklarheit und lehrt das Wesentliche vom Unwesentlichen scheiden.

Selten kommt es vor, daß ein Kind wirklich flüchtig gelesen hat. Strafen gibts in dieser Stunde nicht, es ist Strafe genug, wenn der Betreffende sich nach stotterndem, läckenbollem Erzählen ganz beschämt auf die Köfen setzt unter allgemeiner Unruhe. Das genügt meist, um ihn das nächste Mal unter den flotten Erzählern zu finden. Vor der neuen Buchausgabe pflege ich den Kindern noch selbst etwas zu erzählen, Selbsterlebtes oder Gelesenes. Auch über Vaterzeitung, Erfindungen, Entdeckungen, wie sie der Tag bringt, gebe ich ihnen Auskunft. Es ist durchaus richtig, daß, was sich im öffentlichen Leben vor den Kindern abspielt, ihnen abspielt, in die rechte Beziehung zu setzen, da ja den Kindern noch der richtige Maßstab durch den Mangel an Erfahrung fehlt. So wird auch die Erzählstunde zu einer Vermittlungstunde mit dem ruhenden Leben; denn gar zu oft hinken wir mit der Schule dem Leben nach. Es macht den Kindern Freude, dann auch Selbsterlebtes, Selbsterkauhtes zu bringen, also mit ihrem Lehrer in Gedankenaustausch zu treten. Der „Kunstmart“ sowie zahlreiche pädagogische Blätter empfehlen meine Erzählstunde, und viele Kollegen, die sie einführen, haben gleich mit gute Erfahrungen damit gemacht.

Schonerbre Behandlung von Paketendungen macht eine Vermutung des Reichsoberamtes den Postanhalten erneut zur Pflicht. Sie macht darauf aufmerksam, daß wiederholt Pakete, selbst wenn ihr Inhalt (Glas, Eter usw.) in der Aufschrift als leicht zerbrechlich deutlich angeben ist, während der Postbeförderung fortlos behandelt, geworfen oder fallen gelassen und auf diese Weise beschädigt wurden. Solche Sendungen sind beim Umladen usw. vollständig von Hand zu Hand weiterzugeben und behutsam niederzuliegen.

Streckenverzögerung. Wegen Kanalisierung wird die östliche Seite der Promenadenstraße zwischen Franziskanerstraße und der Straße 3 des Behausungsplanes für die ehemalige Feldmark Bödelwitz vom 2. d. M. ab auf 5 Wochen gesperrt.

Berichte wird seit dem 15. Mai der Dienstlehrling Kurt Seiffert, der zuletzt Koschowitzstraße 9 wohnte.

seiner Unfähigkeit nicht gestatte, vollkommen den Meinhalt vorzutragen. In der einschichtigsten Weise greift er als Vorsitzender in diesen Vortrag ein, nahm nicht selten dem Referenten die Meilen aus der Hand und las ein paar für den Verleser ungenügende Bemerkungen aus den Meilen vor, um dann den Vortrag in der Sache zu schließen. War der Referent ein selbstständiger Mann, der sich diese Art der Behandlung nicht gefallen ließ, so kam es oft während der Verhandlung zu peinlichen, unangenehmen Auftritten, die ich schon bemerkt, letzlich solche selbständigen Männer veranlaßten, zu beantragen, dem Verleser dieses Mannes entrückt zu werden.

Für das letzte Empfinden und die humanitäre Ansichten des Mannes mögen nur einige Fälle aus seiner Praxis wiedergegeben werden. Vor seinem Senat stand eine Sache zur Verhandlung, in der ein Ellenbahnarbeiter, der in Folge eines Betriebsunfalles beide Beine über dem Kniegelenk abgenommen waren, die Hilfslorentre verlangte. Herr Friedensburg behauptete, daß der Mann nicht hilflos sei, sondern auch leicht noch arbeiten könne. Nur dadurch, daß der Vertreter in dieser Sache noch einen wichtigen Vermögensvertrag unterzeichnete, dem nachgegangen werden mußte, und schließlich die Sache im nächsten Termin vor einem anderen Senat zur Verhandlung kam, gelang es, die Hilfslorentre für einen elenden Strüppel zu stellen.

Eine seiner letzten Taten bestand darin, daß er einen schwer erkrankten Mann, der die pflichtigen Mittelbewegungen am ganzen Körper zeigte, nach Schluß der Verhandlung in der schroffsten Form zur Entlassung aus dem Stützungsamt aufforderte. Durch die Erregung während der Verhandlung, in der der Verleser kaum zu Worte kam und wiederholt von dem Vorsitzenden in der Darstellung des Sachverhalts unterbrochen wurde, durch das heftige Singenwerden des Senats kam der Verleser so in Aufregung, daß er eubumächtig zusammenbrach. Ohne irgend eine Erklärung über den Vorgang zu zeigen, ordnete der „humane“ Vorsitzende nur an, daß die Stener den Verleser, den er wohl für einen Stuzantanten hielt, aus dem Saale entlassen. Der Mann mußte längere Zeit in der Krankenstube niedergelegt werden und kam erst nach geraumer Zeit wieder zu sich.

Neuliche Vorgänge, die aus seinem anderen Senat des Reichsoberamtes zu vergehen sind, wiederholten sich unter dem Vorsitz des Herrn Friedensburg nicht selten. Seiner Gewohnheit entsprach es auch, den Parteien vor Eintritt in die Verhandlung zu erklären, wie er die Sache entscheiden würde. Auf eine Beschwerde des Zentralarbeitersekretariats ist ihm dieses Verhalten zwar unterlegt worden, aber unterblieben ist es in der Folgezeit nicht. In diesem Kampfe gegen die „Renteiucht der Arbeiter“ ist schließlich der Senatsvorsitzende Herr Friedensburg selbst in der ersten Reihe, denn er mußte wegen einer immer deutlicher auftretenden Unfallsversicherungsoption und Neuartigkeit, die er sich nun selbst im Kampfe gegen die Renteiucht der Arbeiter zugesprochen hatte, seine Pensionierung beantragen. So schied der Mann aus dem Reichsoberamtsamt, mit dem hüben Sunch aller Arbeitervertreter, daß er keine unentgeltliche Tätigkeit an dieser Stelle nicht wieder aufnehmen wolle. Er ließ sich in der Breslauer Universtität als Privatdozent nieder, um dorthin wieder seine Tätigkeit zu verlegen, wo er schon einmal als Richter das autoritative Regiment geführt hatte.

Meine Erzählstunde.

In der „Schlesischen Schulzeitung“ macht der Lehrer Paul Mahdorf in Gdithen (Mark) bemerkenswerte Mitteilungen über seine Bemühungen, den Schuljungen die Schauererlebnisse abzugewöhnen und Sinn und Geschmach für gute Bücher beizubringen; er schreibt:

Mit dem Kampf gegen die Schundliteratur allein ist's nicht getan, es muß neben der Bewöhnung und Geschmadsbildung an gute Lektüre auch die rechte Buchausnützung in der Schule gelehrt werden, sonst verzehren die Kinder

fein der Cholera in Venedig und in der Schwelung herrscht große Beunruhigung. Informationen aus journalistischen Kreisen deuten ebenfalls die Gerüchte und sagen aber hinzu, daß es sich um böswillige Verleumdung handele, die von schweizer Kurorten aus komme. Man erklärt, daß Verdieg affektiv von jeder art Redenden Krankheit frei sei und daß nur Mitleid mit mehreren Fällen von Dornalarkt bezeichnet wurden. Man wird zu die en widerstehenden Redungen wohl bald etwas ganz Bestimmtes erfahren müssen.

Scharie Rahreahn gegen den groben Unsat der Dornabeln. Die Eisenbahndirektion Saarbrücken erläßt nachfolgende Bekanntmachung.

Der gegenwärtig bei Frauen beliebte Gebrauch überlanger Dornabeln kann im Gedänge des Eisenbahnverkehrs sehr leicht schwere Verletzungen anderer Personen verursachen. Die Eisenbahnverwaltung sieht sich genötigt, zum Schutze der anderen Reisenden hiergegen Maßregeln zu ergreifen. Es erucht daher an alle Reisenden oder den Reisenden tretenden Damen das Ersuchen, ihre Hüte nicht mit solchen durch ungeschickliche Länge gefährlichen Stäben zu versehen, oder wenigstens die gefährlichen Teile durch Schutzgitter oder sonstige unbedenklich zu machen. Die Eisenbahnverwaltung hat ihre Personalangewiesenen darauf zu achten und, ohne erst Verhört zu werden, anderen Reisenden abzuwarten, Damen mit solchen Dornabeln zur Entfaltung der Stäbe anzufragen. Wer dieser Anordnung der Bahnbeamten nicht nachkommt, kann auf Grund des § 41 (1 und 2) der Eisenbahnverkehrsordnung von der Befahrt ausgeschlossen und zum Verlassen des Wagens angehalten werden. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Bahnbeamten können auf Grund des § 77-81 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung mit Geldstrafen beahndet werden.

Lebensversicherungsgesellschaft. Ein schweres Unglück ereignete sich am ersten Pfingstfeiertag auf der Hochbahn in Leipzig. Der große Pfingstpreis sollte zum Austrag kommen. In Leipzig hatten bereits ca. 10 Kilometer zurückgelegt, als Theie, der deutsche Reichsreiter, den Franzosen Miguel überreden wollte; er erwiderte dabei eine so große Geschwindigkeit, daß er gegen die Schutzgitter seines eigenen Schutzschermotors fuhr und dabei zu Falle kam. In demselben Augenblick brach der Motor des Reichsreiters zusammen, der in demselben Augenblick werden war, und ihre Duelle über die Duelle. Der Reichsreiter wurde tödlich verletzt, und schließlich wurde der Reichsreiter von der Bahn getrennt. Eine halbe Stunde darauf trat er in den ersten Todesstadium. Der Einzel Theie hat auch dem Fall der Reichsreiter beigetragen, daß er sich nicht für die Sicherheit der Bahn

aber ohne Verletzungen von der Bahn begeben konnte, während Miguel selbst einen doppelten Armbuch davongetragen hatte. Der Schwimmer Theie, Hartwig, war auch zu Falle gekommen, aber unversehrt geblieben. Der Motor Miguel geriet in Brand, doch konnte das Feuer bald gelöscht werden. Das Fahrzeug wurde abgefahren.

Die die Richter durch ihren verdorbenen Sina alles beizubringen. In der Münchener Lokalpolitik, die am Mittwochs Nachmittags eine Sitzung abhielt und sich u. a. mit der Umwandlung der Schuliederer befaßte, beantragte der katholische Domkapitular Karl das Lied „Nennchen von Tharan“, das nach seiner Meinung bei den Knaben und Mädchen, die sich gegenwärtig in der Stadt befinden, die besten, eine solche Wirkung hervorzurufen könnte. Es könnte, sagte er, vielleicht dazu kommen, daß die Knaben das Lied „Nennchen von Tharan“ singt, während eine halbe Stunde später die gegenwärtigen Mädchen das gleiche Lied anstimmt, aber dafür kein: „Gänchen von Faing in's“, der mit gefällt! Stadtschulinspektor Schmid wies darauf hin, daß man die Redungen der Kinder, die sich in München allerdings verschämungsfähig früh geltend machen, nicht unterdrücken sollte. Er wie der protestantische Kirchenrat Reichenhart traten für die Beibehaltung des Liedes ein. Bei der Abstimmung wurde mit allen gegen wenige Stimmen von Geistlichen die Beibehaltung des Liedes beschlossen. — Darum ist man denn nicht einfach dem Hügel jenes norddeutschen Schulkollegiums gefolgt, das aus dem Liede „In einem kleinen Grunde“ das „Liebchen“ eliminierte und dafür singen ließ: „Mein Onkel ist verchieden, der dort gewohnt hat!“, wiewohl ein Onkel von Tharan hätte sich doch auch vom allergrößten Standpunkte aus nicht erwehnen lassen.

Reichsamt und Sengerred. Der Zufall hat es gewollt, daß Litzich an einem und demselben Tage zwei englische Regierungserlässe verfaßlichen worden, die sich gegenwärtig in der Reichsamtliche Weise kommentieren. In dem einen Bericht hat der Reichsamtliche die hohen Jahreserlöse zusammengefaßt. Nach diesem Schätzplan gab es im vergangenen Jahre 10.000 Personen, die die Episcopalkommissionen bezahlten, also ein Jahreserlöse von mehr als 5000 Pfund Sterling hatten. Das Jahreserlöse dieser Personen betrug 150.000 Pfund Sterling für Episcopalkommissionen 12.021 Pfund Sterling. Der andere Bericht betrifft die Todesfälle, die im Jahre 1900 durch Sengerred verursacht oder durch Einwirkung beklammert worden sind. Die Zahl dieser Todesfälle betrug in dem Berichtsjahre 119. In dem Bericht des Jahreserlöses als Todesfälle ein „Sengerred“ an. In zwölf Fällen traten neben dem Reichsamtliche Sengerreden auf; eines an Sengerred

Witterung (Erkieren etc.), Krankheit, „ungeeignete“ Nahrung, Vernachlässigung seiner selbst. In den meisten Fällen wurde als Todesursache angegeben: Krankheit, verursacht durch Entbehren und Mangel an Schutz vor der Witterung. In drei Fällen war der Verstorben beim Tode im Besitz der Altersrente. 87 von 119 Verhungerten hatten bei der Armenverwaltung nicht um Unterstützung nachgehrt, ein neuer Beweis für den Abscheu, mit dem das englische Volk das brutale Armenunterstützungssystem betrachtet. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung kann auf ihre Resultate stolz sein.

St. Bureauführung. Ein gelegentlicher Mitarbeiter der „Frankf. Zig.“ erzählt folgendes Erlebnis: „Ich hatte in einem Nebenständigen Prozeß in D. als Sachverständiger zu fungieren. Auf der Anklagebank und auf den Zeugenbänken saßen fast ausschließlich intensio parfümierte Damen der unteren Halbwelt. Darum wollte ich mich an den Anwaltstisch setzen. Aber der Gerichtsbienner trieb mich weg. Der Tisch sei nur für Anwältle. Wo dann der Tisch für Sachverständige sei, fragte ich halb im Scherz. Der Gerichtsbienner erachte nach. Dann schlepte er wirklich von irgendwoher einen Extratisch für mich heran. Ich sah schon, an diesem Landgericht war alles hübsch ordentlich eingerichtet. Auch die W.C.-Gelegenheit. Bei einer siebenständigen Sitzung läßt sie sich nicht gut vermeiden. Als ich vor den Toiletten stand, sah ich zu meinem Schrecken warnende Blechstreifen auf den Türen. „Für Rechtsanwältle“ stand darauf. Schön. Ich sloh in das nächste Stockwerk. Da waren drei Türen. Aber auf allen stand: „Nur für Staatsanwältle“. Jetzt wurde ich widerpenftig und blieb. „Grab erra“, wie der Münchener sagt. Aber da war mir schon ein anderer Gerichtsbiener nachgegangen, stürzte herein und schrie: „Können Sie nicht lesen?“. — Jedoch nun schrie ich auch: „Zum Teufel, zeigen Sie mir dann sofort die Toilette für Sachverständige!“. — Ein wenig verblüfft und unsicher sagte er: „Da müssen Sie die Zeugenbänke“. „Galt mir garnicht ein“, entgegnete ich, „wo ich einen Extratisch für Sachverständige habe, da werde ich doch nicht...“ Darauf wurde er kleinlaut, zog sich zurück und überließ mir das Terrain. Und ich genoss das erste und wahrscheinlich wohl das einzige Mal in meinem Leben die Auszeichnung, eine Toilette für Staatsanwältle benutzen zu dürfen.“

Eine Telefonistin vom Blitz getroffen. In Franthal in Bayern wurde am Sonnabend aus dem dortigen Telefonamt eine Telefonistin bei Ausübung ihres Dienstes vom Blitz getroffen. Da über Franthal und Umgegend von diese Zeit ein Gewitter nicht stand, muß der Mischigkeit von einem Ferngewitter herrühren. Die Beamtin wurde zu Boden gestreut und erlitt auf der Gesichtseite auf der sie den Blitz traf eine schwere Verletzung. Die Verletzung ist so schwer, daß sie



Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Abzahlungsgeeschäfte

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Akoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Bilz-Sinalco

Erstehnt 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Dies fern bei Einkauf empfohlen

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Frisuren und Barbieren

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Gärten, Teppiche

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kinderwagen

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine

Stadthaushalter

Resthandlungen

Putz, Modes

Sargmagazine

Schirme, Stöcke

Schneiderei-Artikel

Schuhwaren und Schuhmacher

Seifengeschäfte

Trauer-Kleidung

Uhren und Goldwaren

Verains-Verlosungen

Vegetarier

Vegetarier

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant

Adolf Schrotter, Kurhänselfabrikant



### Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Gegner im Wahlkampf in Böhmen.

Einen wie schweren Kampf unsere österreichische Arbeiterpartei in diesen Tagen auszufechten hat, um in den neuen Reichsrat, der am 13. Juni gewählt wird, wirkliche Volksvertreter zu entsenden, darüber gibt uns folgende Zusammenfassung aus den böhmischen Grenzbezirken Aufschluß: In den deutschen Wahlkreisen des östlichen Böhmens sind es vier Parteien, die um die Mandate ringen: Deutsche Arbeiterpartei, die verbündeten Deutsch-Nationalen und Deutsch-Radikalen, die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten. Um einen leidlichen Einblick in die besonderen politischen und Parteiverhältnisse jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle zu gewinnen, folgte ich gern dem Rufe des mit persönlich befreundeten Kandidaten für den Land-Wahlkreis Trautau-Wedelsdorf-Politzky, dem Genossen C. Merkel in Braunau, um mit ihm eine Agitationstour durch das schlechteste Gebiet seines Wahlkreises zu machen. Die politische und wirtschaftliche Struktur des Wahlkreises ist äußerst verschiedenartig. In der Umgebung der Stadt Braunau findet man große, von Arbeiterpartei beherrschte Güter. Hier herrscht die Verfaßtheit vor, die die Arbeiterpartei nicht sieht an den anderen. Hier hat auch die Partei ihre Hauptstützen. An fast allen größeren Orten besitzen Parteiorganisationen. Als bemerkenswert ist zu verzeichnen, daß es insbesondere die Eisenbahnarbeiter und Angestellten sind, die das Rückgrat unserer Bewegung bilden. Neben der zahlreichen Industriearbeiterpartei, die hier die mittlere und größere Bauernschaft. Sie ist der Stützpunkt der Arbeiterpartei, die auch bisher das Mandat des Kreises besaßen. Die Gegend um Wedelsdorf und Starhadt ist industriell noch nicht besonders entwickelt. Wohl zeigen sich in kleinen Werkstätten und Spinnereien auch hier Anfänge dazu, aber noch überwiegt der Stand der kleinen Gewerbebetriebe, der kleinen Bauern und Stellenerwerbler. Hier, wie auch noch in einigen Orten des Trautauer Gebiets, haben die Deutsch-Nationalen und die Radikalen ihre Domänen; sie sind die stärksten und in ihrer Kampfbereitschaft geschäftigsten und ableistendsten Gegner der Sozialdemokratie. Am wenigsten berührt wurde bisher die Riesener Gegend, das sogenannte Abbergebirge. Mangel an Eisenbahnen, unheimlich schlechte Verkehrswege usw. sind die Ursachen der Rückständigkeit dieser Gegend. Hier muß eine arme Bevölkerung mit schweren Mühen dem feindlichen und bergigen Boden kümmerlichen Ertrag abringen, und am Sandwehnsühl täglich bis in die späte Nacht hinein tätig sein. In dieser Gegend haben bisher noch die Schwarzen, in Österreich als Christlich-Sozialisten benannt, ihre treuesten Anhänger.

In diese schwarze Gegend die Gedanken des Sozialismus zu tragen, läßt sich Genosse Merkel besonders anlegen sein. Mit wahrhaft bewundernswürdiger Ausdauer kreibt er seine Volkstümmung ab. Einen ziemlich umfangreichen Repertoire, ausgestattet mit Wahlprospekten und Flugblättern, mit sich schleppt, reist er von Ort zu Ort, immer zu Fuß, auf kaum gangbaren Wegen über die Berge. Von Haus zu Haus verteilt er die Schriften und betreibt er mündliche Agitation. Wo er Lokalereicht, macht er Versammlungen. Mit einer Typendruckerei, die er mit sich führt, stellt er sich die Versammlungseinfadungen selbst her und verteilt sie dann auch meist selbst von Haus zu Haus. Wo die Gegner zur Besinnung kommen und Gegenmaßnahmen durch das auch dort übliche Abreiben von Wälfen, durch Terrorismus gegen die abhängigen Leute anwenden können, hat die Versammlung schon stattgefunden. Auf diese Art ist es dem Genossen Merkel bisher gelungen, in dem Bezirk fünfzehn politische Versammlungen abhalten zu können. Die Begeisterung in allen Versammlungen läßt für den 13. Juni dort das Beste hoffen.

Nicht so glücklich war unser Genosse mit dieser Art Agitation im Starhader Gebiet. In einer Wählerversammlung im Ort Pipla ließen ihn die deutsch-nationalen Gegner nicht zu Worte kommen. Mit Sturmrufern, Tönen, Wehreden und Schreien hatten sie einen herartigen Leidenzettel in den Händen und dabei die Wachen an sich gedrückt, daß Merkel nicht reden konnte. In Ober-Wedersdorf, wo dann die nächste Versammlung stattfand, war es beinahe nicht viel besser. Als Merkel im letzten Teil seines Vortrages auf die im aufgelösten Parlament unter dem Tisch gefallene Sozial-Versicherung zu sprechen kam, und die Demagogie der deutsch-nationalen Abgeordneten kennzeichnete, da war es mit der Geduld der anwesenden Gegner zu Ende. Statt sich auf eine sachliche Diskussion einzulassen, wurde der Redner einfach niedergedrückt. Der nationale Sozialismus feierte dabei wahre Orgien. In Wapenka, wo Sonnabends eine Versammlung stattfand, hatte man oberhalb und unterhalb der Versammlungsortes von gegnerischer Seite Posten aufgestellt, die unter der Verhinderung Merkel sein nicht da und die Versammlung hindern sollten. Als Genosse Merkel dann seinen Vortrag in Lokal vor einer kleinen Zahl Zuhörer begann, fielen die anwesenden Gegner mit Kartenspielen an, wobei sie einen derartigen Lärm verübten, daß die Versammlung in einen anderen Raum verlegt werden mußte. In einer Versammlung in Ober-Wedersdorf, die am Sonntag nachmittags stattfand, waren die nationalen Gegner etwas anständiger. Für ein Verhalten setzten aber diese herbeizynen nationalen Fanatiker die Atone auf in einer Versammlung, die am gleichen Tage Abends noch in Johansdorf stattfand. Nur der Hinweis auf die Bestimmungen des Wahlgesetzes, die Strafen anzuordnen für solche, die einen aufgestellten Kandidaten die Entfaltung seines politischen Programms unmöglich machen, und das Einreihen eines Oberlehrers machten es möglich, daß Genosse Merkel, zwar von Sabbertrunkenen oft gestört, dennoch seinen Vortrag beenden konnte. Im Anschluß daran entwickelte sich dann eine Art Diskussion. Die Worte des ersten Redners waren: „Wir sind deutsch!“ Diese drei Worte schon lösten einen derartigen Beifallssturm und „Seil!“-Rufe aus, daß man sich in ein Herrenhaus versetzt hätte. Ein anderer junger Mann erging sich dann in den gemeinsten und niederträchtigsten Beschimpfungen sozialdemokratischer Führer, die so handwuchsen waren, daß sie selbst unsere reichsdeutschen Reichsverbandsmethoden übertrafen. Eine Widerlegung der gemeinen Einwurfe war dem Genossen Merkel bei dem sich steigenden Sturm „nationaler Begeisterung“ der zur Hälfte besoffenen Menge natürlich unmöglich. Sogar der Oberlehrer wurde niedergedrückt. Nur dem Eingreifen einiger älterer Männer und unserer Ruhe ist es zu danken, daß wir nicht tätlich angegriffen wurden. Man besaß am Schluß noch die Frechheit, mit einer Sammelbüchse des Bundes der Deutschen in Böhmen uns um einen Obolus anzupöbeln. Als wir es selbstverständlich ablehnten, für ihre Partikulare Mittel zu geben, brüllten die Felder auf uns ein und suchten mit den Häufen bedenklich um unsere Köpfe.

Diese nationalen Fanatiker sind zum Teil Arbeiter und kleine Leute, die sich unter den elendesten Lebensverhältnissen durchschlagen müssen. Hier haben die nationaldemokratischen Führer und Demagogen ganze Arbeit geleistet, eine Arbeit, die das Volk politisch außerordentlich verblödet und sich so als ein schweres Verbrechen an einem hungenden und durstigen Volk darstellt. Unsere österreichische Arbeiterpartei hat hier ein Arbeitsfeld vor sich, das unendlich schwer zu bearbeiten ist. Und gerade unsere reichsdeutschen Genossen, die an der Grenze

wohnen, erwidert daraus die Verpflichtung, unsere österreichischen Genossen nach besten Kräften zu unterstützen. Das kann geschehen in der Hauptsache dadurch, daß die bei uns arbeitenden österreichischen Genossen angehalten werden, die wenigen Tage bis zur Wahl zu reger Agitation auszunützen und am Wahltag selbst ihr erstes Staatsbürgerrecht, das Wahlrecht, in ihrem Heimatort auszuüben. Die Situation im gegenwärtigen Wahlkampf ist für unsere österreichische Arbeiterpartei nicht günstig; sie ähnelt außerordentlich der Situation, in der wir in Deutschland uns bei den Stimmlosenwahlen von 1907 befanden. Ihr Kampf soll deshalb auch unser Kampf, ihr Sieg am 13. Juni auch unser Sieg sein!

### Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Schlesiens im Jahre 1910.

Langsam aber stetig gewinnt auch in Schlesien der Konsumgenossenschaftliche Gedanke an Ausbreitung. Unwiderstehlich bejubelt die Arbeiterpartei den Bewußtsein, welches unabhettre Kräfte gerade die Konsumgenossenschaftsbewegung für die Arbeiterpartei und deren wirtschaftliche Kämpfe in sich birgt. Und so war denn gerade das Jahr 1910 — trotzdem auch in dieser Zeitperiode die „Freunde“ dieser Bewegung unermüdbar tätig waren, um ihr Einblat zu geben — für die schlesische Konsumgenossenschaftsbewegung ein Jahr der erfolgreichsten Vorwärtswirkung.

Die im „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ zusammengeschlossenen Vereine der Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen hielten am 11. und 15. Mai ihren Verbandstag in Elbing ab. In der Hand des diesen Verbandstages vorgelegten Jahresberichts wollen wir im nachstehenden über die Entwicklung und den Stand der schlesischen Konsumgenossenschaftsbewegung im Jahre 1910 einige Zusammenfassungen geben.

Den „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ gebürtig am Ende des Jahres 1910 insgesamt 27 schlesische Konsumvereine an und zwar die Vereine Allnacker, Breslau, Bries, Dünkel, Dreier, Freiwaldau, Freyhat, Glogau, Gotscheberg, Hirschberg, Kaufung, Kreuzenbo, Landeshut, Langenbickau, Langensfeld, Linden, Malz, Neumarkt, Neufeld, Olsan, Pitschenau, Rauscho, Müders, Zagan, Straßen, Striegen und Weichwasser. Von diesen ist außer dem Konsumverein „Vordorfs“-Breslau Genesberg mit 387 Mitgliedern der größte und Müders mit 131 Mitgliedern der kleinste schlesische Konsumverein. Diese 27 schlesischen Vereine hatten eine Gesamtmitgliedschaft von 28.115 gesamtlich 20.063 im Vorjahre. Der größte Vereinstatistiksumme lag bei 4.391.149 Mark auf 5.623.441 Mark. Hieron entfallen 317.268 Mark (im Vorjahre 196.170 Mark) auf das Viehtransportgeschäft, das von 16 Vereinen gepflegt wird, und 5.275.176 Mark (im Vorjahre 4.391.579 Mark) auf das eigene Geschäft. Der Gesamtumsatz steigerte sich also um 1.632.295 Mark, wobei noch besonders zu berücksichtigen ist, daß zwei der schlesischen Vereine infolge ihrer Neugründung nur 35.503 Mark Umsatz hatten. Der Warenumsatz im eigenen Geschäft wurde in 21 Verkaufsstellen erzielt, jedoch auf jede Verkaufsstelle ein Durchschnittsumsatz von 85.100 Mark entfällt. Nicht Vereine waren außerdem noch im Bezirk die 100 Zentrallager. Mit der Warenverteilung waren beschäftigt 130 männliche und 102 weibliche Personen. Zur Eigenproduktion hatten bisher nur drei Vereine geiffen, und zwar zwei Bäcker-Vereine und eine Kaffeebörner. In denselben wurden 12 männliche und eine weibliche Person beschäftigt.

Die von den Vereinen erfolgten Ertrübrigung belauft sich einschließlich des den Mitgliedern in acht Vereinen statutarisch zugesicherten jellen Rabatts auf 112.039 Mark. Von dieser Summe gelangten 661.807 Mark in Form von Rückvergütung wieder in die Hände der Mitglieder zurück, was gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 29.602 Mark ausmachte. Auf die Gesamtsatz der Mitglieder ungerechnet entfiel somit pro Jahr eine Rückvergütung von 13 Mark, die allerdings bedeutend höher ist, da unter den 28.361 Mitgliedern sich eine ganz beträchtliche Anzahl der sogenannten Papierfalschen oder Nichtkäufer befinden. Von der Ertrübrigung wurden 23.477 Mark dem Reservefonds zugeführt, welcher damit die Höhe von 187.959 Mark erreicht hat. Zehn Vereine verwandten 5304 Mark von ihrer Ertrübrigung zu Bildungszwecken und anderen gemeinnützigen bezw. volkswirtschaftlichen Zwecken. Der Rest der Ertrübrigung wurde zur Verjüngung der Geschäftsanteile und zur Stärkung der Bauschlüsse verwendet bezw. dem neuen Geschäftsjahr als Vortrag aufgeschrieben. Das den Vereinen in den Mitglieder-anteilen und den Reservefonds zur Verfügung stehende eigene Betriebskapital belauft sich auf 611.128 Mark. Die Rückvergütung schwankt in den einzelnen Vereinen zwischen 5 und 10 Prozent. Die von einem großen Teile der Vereine für ihre Mitglieder geschaffenen Spar-Einrichtungen erlebten sich gleichfalls einer regen Knanspruchnahme.

Eine der ständta wiederkehrenden Behauptungen der Konsumgenossenschaftsgegner ist, daß diesen Vereinen viel zu viel Steuerfreiheit gewährt würde! Unverkennbar schallt der Unkenntnis der Mitstündler nach steuerlicher Ausnahmemöglichkeit gegen die Konsumvereine. In ihrem hinsten Maß gegen diese Vereine sind die Gegner der Meinung, daß sie die Konsumvereine in ihrem Entwicklungsgange hindern können. Die angebliche Steuerfreiheit der Konsumvereine wird am schlagendsten widerlegt durch die Feststellung, daß die angeführten 27 schlesischen Vereine im Jahre 1910 nicht weniger als 48.489 Mark an Steuern zu entrichten hatten! Aber geradezu aufreizend muß es wirken, daß von dieser Steuersumme allein 24.095 Mark entrichtet wurden von dem Langenbickauer Verein, dem Verein der armen Weber des Gütergebiets! 24.095 Mark werden diesen Schlechtentlohnenden Arbeitern in Deutschland, deren ganzen Leben ein steter Kampf zwischen bitterer Not und Elend auf der einen und den Unterdrückungsgesellschaften ihrer Arbeitgeber auf der anderen Seite ist, durch eine triviale Steuergesetzgebung abgenommen. Besser kann der in Preußen herrschende Steuertraud wahrlich nicht illustriert werden, als durch solche nackte Zahlen! Und trotzdem seien die Mittelständer z. weiter von Steuerfreiheit der Arbeiter-Konsumvereine!

Besonders interessant dürfte es sein, wenn wir am Schluß einige Feststellungen über die Berufs zugänglichkeit der einzelnen Mitglieder machen, soweit dies von 23 Vereinen mit 22.940 Mitgliedern, die sich an einer solchen Statistik beteiligt haben, möglich ist. Von diesen 22.940 Mitgliedern sind selbständige Gewerbetreibende 881, selbständige Landwirte 335, Angehörige der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte 481, gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen in gewerblichen Betrieben 19.324, solche in landwirtschaftlichen Betrieben 422, ohne bestimmten Beruf 1597. Davon sind 19.390 männlichen und 3001 weiblichen Geschlechts. Wenn wir aber Vergleiche ziehen zwischen den in den schlesischen Konsumvereinen zusammengeführten Arbeitern und denen, die innerhalb Schlesiens gewerkschaftlich organisiert sind, so muß mit Bedauern konstatiert werden, welche ungeheure Arbeitermassen der Konsumgenossenschaftsbewegung noch weitestrem gegenüberstehen. Das gleiche gilt auch hinsichtlich eines sehr großen Teiles der politischen Organisationen. Da muß in der Folgezeit mit ganzer Kraft der verdienstlose Geduld einsetzt werden. Treffend schrieb hierzu vor einiger Zeit ein Gewerkschaftsorgan:

„Die Arbeiterschaft muß zu der Einsicht kommen, daß sie ihre Macht auch nach dieser Richtung ausnützen kann. Der Arbeiter denkt in der Regel nicht daran, welche gewaltigen Machtmittel er in seinen Händen hat, wenn er den am Wochenschluß erhaltenen Lohn in seinem Interesse durch Einkäufe bei der Genossenschaft verwendet. Man kann es geradezu einen Leichtsinn nennen, wenn der einmal so schwer verdiente Lohn ohne jede Ueberlegung wieder zum Händler getragen wird, und so wieder in die Hände des Arbeitgebers gelangt, um nachher wiederum als Lohn ausbezahlt zu werden. Und dieser Verkauf vollzieht sich unausgelezt, und immer wieder bleibt ein erheblicher Teil als Profit hängen. Die Arbeiterschaft sollte doch endlich einsehen, daß, wenn sie von jedem Wochenlohn nur eine verhältnismäßig kleine Summe dem gemeinsamen Besitz der Genossenschaft durch den Wareneinkauf zuführt, dann schon in einem Jahre ganz riesige Summen dem Privatkapital entzogen würden.“

Arbeiter Schlesiens! Beherrzt diese Worte, steht nicht länger abseits, sondern tretet ein in den Kampf um euret Eure Wohnort! Fligt im Kampf der Arbeit gegen das Kapital zur politischen und gewerkschaftlichen Organisations noch die genossenschaftliche! Und unser ist die Zukunft, in welcher es weniger Elend und mehr Lebensglück gibt, als in unserer heutigen göttlichen der Welt! E. S.

### Parteiangelegenheiten.

**Die Stuttgarter Genossen und die Oberbürgermeisterwahl.** In zwei von über 1000 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Groß-Stuttgarts besuchten Versammlungen beschäftigten sich die Genossen mit der letzten Oberbürgermeisterwahl. Nach einer Debatte, die frömmlichen Becken nahm, wurde von den Genossen Pilsenbrandt eine Resolution vorgelegt, die folgenden Wortlaut hatte:

Die Versammlung spricht ihre Befriedigung über den abgeschlossenen Wahlkampf um das Amt des Stuttgarter Stadtvorstehers aus und dankt dem Kandidaten Dr. Linde mann für seine wirksame Vertretung der kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie während dieser ganzen Wahlbewegung. Deren Führung entsprach den Absichten und Parteibezügen von 1. Mai. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß einige auswärtige Parteimitglieder infolge von Berichten, die ihnen aus Stuttgarter Parteikreisen zugehingen, der Führung des Wahlkampfes durch heftige und sachliche Angriffe Schwierigkeiten bereitet und den Gegnern dadurch Waffen gegen die Stuttgarter Parteiorganisation wie gegen die Person des Kandidaten geliefert hat. Nachdem die zur Stellungnahme in der Frage der Stadtvorsteherswahl berufene Parteiverammlung ihre Entschlüsse mit so erdrückender Mehrheit gefaßt und damit einen der schwierigsten und politisch bedeutungsvollsten Wahlkämpfe, der in Stuttgart stattfand, eingeleitet hatte, war es die Pflicht aller Parteigenossen und Parteiorane, diesen Versuch zu respektieren und alles dazu beizutragen, was einer wirksamen Durchführung dieses Beschlusses förderlich war. Die Versammlung mißbilligt daher das Verhalten der Parteigenossen, die jenem Versuch Schwierigkeiten bereiteten und dadurch den geschlossenen Aufmarsch der Partei in diesem Wahlkampf verhindert haben.

Diese Resolution wurde jedoch abgelehnt und es gelangte dafür eine von der Parteileitung eingebrachte Resolution zur Annahme, die folgenden Wortlaut hat:

Die Versammlung anerkennt die Geschlossenheit, mit der das organisierte Proletariat der Stadt seinen letzten Wahlkampf geführt hat und begrüßt das anscheinlich erwachene der sozialdemokratischen Stimmen. Die Versammlung erklärt aber, der proletarische Klassenkampf ist und bleibt der unerlässliche Boden für den Kampf, für die Tätigkeit der Parteiorganisation und der sozialdemokratischen Vertreter auf allen Posten. Die Versammlung betont daher, daß es die selbstverständliche Pflicht aller Genossen ist, Arbeit und Kampf in strenger Ueber einstimmung mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie zu halten und die Beschlässe der Parteitage und der Organisation unverbrüchlich zu beachten.

Diese Erklärung wurde mit 623 gegen 476 Stimmen zur Annahme.

**Wahltag bei den Bürgervertreterwahlen in Krossow.** Einen glänzenden Wahlsieg errangen unsere Genossen in Krossow bei den am Freitag stattgefundenen Bürgervertreterwahlen. Es hatten Neuwahlen in vier Wahlbezirken stattgefunden. Mit Ausnahme eines Bezirks siegten in allen übrigen Bezirken die sozialdemokratischen Kandidaten. Insgesamt entfallen auf die Sozialdemokratie fünf Mandate. Hieron wurden vier neu erobert, während eines behauptet wurde. Die sozialdemokratische Fraktion des Krossower Stadtparlaments ist damit von vier auf acht Mitglieder gestiegen.

**Zu die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“** ist Genosse Georg Berger eingetreten, um an Stelle des am 1. Mai nach Berlin übergesiedelten Genossen Baumig die politische Redaktion des Blattes zu übernehmen. Genosse Berger stammt aus Breslau, war über zwei Jahre an der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund und vorher an der „Leipziger Volkszeitung“ tätig.

**Erfolgreiche Parteiarbeit.** Bei einer allgemeinen Hausagitation in Köln wurden 596 neue Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und 715 neue Leser für die „Rheinische Zeitung“ gewonnen.

**Die National-Exekutive der Socialist Party der Vereinigten Staaten** hielt ihre letzte Sitzung in Boston ab. Der Kassierer berichtete über eine Einnahme von 11654 Dollar (49.800 Mk.) im ersten Vierteljahr, d. s. 48 Prozent mehr als in der gleichen Zeit 1910. Er berechnet danach rund 10000 „guthabende“ Mitglieder. Ueber eine Million Flugblätter wurden verbreitet, die deutsche, jüdische, italienische, polnische und jidnawische Organisation unterstützt. Es wurde beschlossen, einen Reichertskartier für den W. C. Namara-Projekt zu stellen und über dieses neue sensationelle Justizverbrechen eine Broschüre zu verbreiten, ebenso über die Civic Federation. Die Gründung eines Untersuchungs-Bureau soll vorbereitet werden. Genosse Legien hat seine schon früher geplante Agitationsreise für Frühjahr 1912 zugesagt.

Genosse Berger berichtete über den Kongress. Bisher sei noch kein Versuch gemacht worden, seine Verhaftung zu beinrachtligen. Welche das, so werde er die Verhandlungen zum Stillstand bringen. Er hat bisher 4 Resolutionen eingereicht betr. Zur Klärung der Fragen von der mexikanischen Grenze, das geschwundene Vorgehen im W. C. Namara-Projekt, Befestigung des Senats und Einführung einer Altersversicherung. Er wird weiter die Nationalisierung der Eisen-, Telegraphen- und Telefonlinien und der Bergwerke fordern. Der Bericht wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, nur gefordert, daß der Beginn der Alterspension mit 60 (statt 65) Jahren eintrete. Die nächste Sitzung soll im August in Milwaukee stattfinden und mit einer Konferenz sämtlicher sozialistischen Gemeindebeamten verbunden werden. Für ein Buch von G. Myers über die amerikanische Justiz wurde ein Beitrag bewilligt.

# Arbeiterbewegung.

**Schlechte Zeit dem Verband an, solange es noch Zeit ist.** Folgender Beitrag zu dem Kapital von der „gestrichelten“ Griffling sollte jedem der Organisation noch fernstehenden Arbeiter zu denken geben: Die Firma E. M. Vogel in Magdeburg, Kasse- und Juckerfabrikation, hat es über sich gebracht, einen Arbeiter zu entlassen, der ihr seine Arbeitskraft 34 Jahre, bei einem Wochenlohn von 18 Mark, treu und zur vollen Zufriedenheit des Chefs zur Verfügung gestellt hatte. 34 Jahre hat der Mann gegeben, was sein Körper hergeben konnte. Tagaus, tagrein, montags und sonntags, das er immer nur das eine Bedauern an den Tag gelegt, seinen Chefs zu dienen, in der besten Annahme, nach so langer, treuer Dienstzeit eine Lebensstellung bei der in der Handlungswelt wohlhabendsten Firma zu haben. Seit längerer Zeit wurde aber bemerkt, daß der 34jährige, kräftige und abgeradete Arbeiter das nicht mehr leistete, was man für 15 Mark Wochenlohn glauben beanspruchen zu müssen, und so entschloß man sich, ihn einfach zu entlassen! Als Juch in der vollkommensten Zufriedenheit wurde dem ehemaligen Proleten, der zwei Feldzüge mitgemacht und nie einer Organisation angehört hatte, bei der Entlassung huldvollst ein Rühmschildchen überreicht. Der Entlassene, der noch vor kurzer Zeit jeden für verrückt erklärt hätte, der ihm etwas von einer eventuellen Entlassung erzählt haben würde, sitzt nun gedrohen zu Hause und stellt Betrachtungen an über das praktische Christentum und die Nächstenliebe, wie sie der moderne Kapitalismus zur Anwendung bringt. — Für viele, die sich noch in Arbeit befinden, möge das Erlebnis dieses Mannes zum Beispiel dienen. Sie können daraus die Verpflichtung erkennen lernen, sich rechtzeitig in der Organisation eine Stütze zu sichern.

**Achtung, Vergarbeiter!** Der Vorstand des Verbandes der Vergarbeiter Deutschlands erläßt folgenden Aufruf: **Achtung, Jungzug fernhalten!** Im Reich-Weissenfelser-Allenburger Revier sind in der Oberlausitz stehen die Braunkohlearbeiter schon seit einigen Wochen im Streik. Im Magdeburger-Gelmerdecker Braunkohlenrevier haben die Arbeiter ihre Kündigung eingereicht. Die Unternehmer versuchen, aus allen Ecken Arbeitskräfte heranzuschleppen. Um den Plan der Werkbesitzer zu verhindern, erwidern wir alle Gewerkschaftskomitee und arbeiterfreundlichen Zeitungen, auf den Kampf in den Braunkohlenrevieren aufmerksam zu machen und vor Jungzug zu warnen. Doch die Solidarität der Arbeiter!

**Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik.** Nach dreitägigem Streik der Arbeiter der Dammühle Ganti in Wiesbaden-Dohrenheim hat die Firma mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter einen Tarif abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde um zwei Stunden wöchentlich verkürzt. Die sonstigen Lohnhöhen schwankten zwischen 75 Pfg. und 2,95 M. Außerdem wurde Urlaub ohne Lohnabzug von 2 bis 4 Tagen, Anrechnung des § 616 B.G.B. und anderes mehr erreicht.

**Sieg der Brauerarbeiter in Hamburg.** Am 1. Juni legte das Regional der Döhlbrocker Brauerei Hamburg einstimmig die Arbeit nieder, weil die Firma die tariflichen Vereinbarungen für Bierkuchner und Geiger nicht einhielt, die Verhandlungen darüber verwickelte und schließlich gemachte Zusagen nicht hielt. Nach eintägiger Dauer war der Streik zugunsten der Arbeiter beendet.

**Achtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Ludoll, Weimarn für nautische Instrumente in Bremerhaven, sind Forderungen ausgebrochen, da die Firma sich weigert, die äußerst schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzubessern. Jungzug von Mechanikern ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Ortsverwaltung Bremerhaven des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Brecher Streik.** Der Streik der Arbeiterschaft des Vereins deutscher Schiffbauern Mannheim, Fabrik Lindenhof und Fabrik Industriehafen wurde Freitag, den 2. Juni, mit 127 gegen 39 Stimmen für beendet erklärt. Ertragungen wurde Abschluß eines Tarifvertrages auf 4 Jahre, die Lohnaufbesserungen betragen bis zu 40 Pfg. Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde pro Woche, Urlaub im fünften Jahre drei Tage, im zehnten Jahre sechs Tage mit Fortzahlung des Lohnes. Die Arbeit wird am Dienstag Morgens 7 Uhr ausgenommen.

**Nichtigstellung.** Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Reibbinder Deutschlands teilt uns mit: In Nr. 127 des „Vorwärts“ befindet sich unter der Spitzmarke „Ein bedauerliches Vorfall im Verband der Maler“ die Mitteilung, „daß der Verbandsvorstand in Hamburg in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung abgegeben habe.“ Dies ist ein Irrtum, da diese Erklärung nicht vom Verbandsvorstande, sondern von der Verwaltung der Filiale Leipzigs erfolgte.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Wiesbaden, 4. Juni.** Wahlkreiskonferenz. Im Saale des Gastwirts Hoffmann in der Fischerstraße trafen am Sonntag des ersten Pfingstfesttages die Delegierten der Sozialdemokratie des Kreises Wiesbaden zu ihren Beratungen zusammen. Neben der Wahlkreisleitung hatten sich die Delegierten der Ortsvereine eingefunden. Anwesend war der Kreis-Kammler, in dem noch die Parteioffiziation fehlte. Genosse Scholich-Präsident, nahm als Vermittler der Geschäftsleitung für die Beschlüsse an den Verhandlungen teil, auch war der Reichstagskandidat Genosse Th. Müller-Präsident zur Stelle.

**Genosse Farachin-Präsident** erläuterte den Geschäftsbericht der Wahlkreisleitung. Seit der letzten Konferenz sind 17 Jahre verstrichen; in diesem Zeitraum hatte der Wahlkreis eine Einnahme von 337,41 Mark zu verzeichnen, der eine Ausgabe in Höhe von 327,14 Mark gegenüberstand. Soweit zu leihen hatte die Bewegung unter den beherrschenden Maßnahmen, doch ist trotz alledem die Mitgliederzahl in der Periode von 870 auf 532 gestiegen. Auch der Abwärtstrend der Wahlkreisleitung betrug von 77 auf 941. 78.000 Flugblätter und 7000 Kolander sind außer dem „Landsboten“ im Kreise zur Verteilung gelangt. Redner erinnerte an die gescheiterten Wahlkreismandate im Reich und die schonen Erfolge, die unsere Genossen in Klein-Posen, bei den Wahlen zur Gemeindevorstellung errungen haben.

**Genosse Scholich** erklärte über die politische Lage in Deutschland. Seine inletzten Ausführungen, die sich auf die bevorstehenden Reichstagswahlen beziehen, fanden lebhaftes Zuhörern.

**Am folgenden** ein sehr ausführliches Wort des Genossen Th. Müller über die Parteistatistik im Wahlkreis, auch besprachen sich Redner mit unteren Wahlleitern.

**In der Debatte**, die über beide Parteien gemannt war, wurde besonders die Frage der Agitation eingehend erörtert. Der proletarischen Frauenbewegung soll mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Sozialfrage wird im Kreise viel zu wenig erörtert. Nach dem Abschluß des „Harmonie“ in Beleg steht ein größeres Geld zur Verfügung. Auch der Kreis des Weissenberg hat seine Beiträge zugesagt. Das einzige Geld im Wahlkreis, welches auf so patriotischen Veranstaltungen frei steht, das Schützenverein in Groß-Posen, ist durch den Kauf in andere Hände übergegangen und ging ins Leere verloren. Nur vertragen ist es, das es eine Hilfe oder einen Versuch zu einer Veranlagung geben zu müssen. Eine solche Hilfe des Kreises ist jedoch nicht möglich, da es in der Hinsicht keine Mittel zu geben.

**Der Reichstagswahlkampf** wird im Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten.

**Brieg, 4. Juni.** Der „Weinberg“ steht der Arbeiterschaft nicht zur Interessenvertretung zur Verfügung. Lebhaft Freude hatte es unter der hiesigen Arbeiterschaft hervorgerufen, als bekannt wurde, daß der jetzige Wirt des „Weinberg“ seine Lokalitäten freigegeben und einen diesbezüglichen Vertrag unterzeichnet habe. Die Freude sollte nicht von langer Dauer sein. Der ex-jetztlich in Brieg zuvergegangene Gastwirt kamle nicht den Wind, der hier weht. Es wurde ihm die Militärpflicht entgegen, so daß er am ersten Feiertag nicht das angelegte Gartenkonzert abhalten konnte. Dabei hatte noch keine politische Versammlung stattgefunden. Nach Angabe des Gastwirts zeichnete sich besonders Herr Bürgermeister Riba dabei aus, die alte Kaiserstadt vor der überhandnehmenden roten Gefahr zu wahren. Beauftragte der Arbeiterschaft nahmen am Nachmittag des ersten Pfingstfesttages noch einmal Gelegenheit, mit dem Wirt des „Weinberg“ wegen der Lokalfrage Rücksprache zu nehmen. Er lehnte ab, trotzdem er seine Unterschrift unter den Vertrag gegeben hatte. Diese Tatsache verbreitete sich sehr schnell und in wenigen Minuten war der von Arbeiterfamilien gut gefüllte Garten des „Weinberg“ fast leer. Die Mehrzahl pilgerte nach dem alten Trauenheim der Arbeiter, der „Harmonie“, wo eine Musikrevue lustige Weihen ertönen ließ. Es geht also ohne Mühsal.

**Brieg, 4. Juni.** Der „Weinberg“ steht der Arbeiterschaft nicht zur Interessenvertretung zur Verfügung. Lebhaft Freude hatte es unter der hiesigen Arbeiterschaft hervorgerufen, als bekannt wurde, daß der jetzige Wirt des „Weinberg“ seine Lokalitäten freigegeben und einen diesbezüglichen Vertrag unterzeichnet habe. Die Freude sollte nicht von langer Dauer sein. Der ex-jetztlich in Brieg zuvergegangene Gastwirt kamle nicht den Wind, der hier weht. Es wurde ihm die Militärpflicht entgegen, so daß er am ersten Feiertag nicht das angelegte Gartenkonzert abhalten konnte. Dabei hatte noch keine politische Versammlung stattgefunden. Nach Angabe des Gastwirts zeichnete sich besonders Herr Bürgermeister Riba dabei aus, die alte Kaiserstadt vor der überhandnehmenden roten Gefahr zu wahren. Beauftragte der Arbeiterschaft nahmen am Nachmittag des ersten Pfingstfesttages noch einmal Gelegenheit, mit dem Wirt des „Weinberg“ wegen der Lokalfrage Rücksprache zu nehmen. Er lehnte ab, trotzdem er seine Unterschrift unter den Vertrag gegeben hatte. Diese Tatsache verbreitete sich sehr schnell und in wenigen Minuten war der von Arbeiterfamilien gut gefüllte Garten des „Weinberg“ fast leer. Die Mehrzahl pilgerte nach dem alten Trauenheim der Arbeiter, der „Harmonie“, wo eine Musikrevue lustige Weihen ertönen ließ. Es geht also ohne Mühsal.

**Wiesbaden, 5. Juni.** Eine neue Flugmaschine — und ihr Erfinder ein Arbeiter. Der bei der Firma Maschinenfabrik Leichter u. Sohn beschäftigte Maschinenführer Max Schüwe hat sich seit Jahr und Tag in vielen Stunden mit dem Problem der Flugmaschinen befaßt. Sein Streben ging vor allem dahin, einen Apparat zu bauen, der abwärtsfliegend, d. h. der im Falle des Versagens des Motors nicht umkippt, sondern langsam zur Erde sinkt. Dieses Problem glaubt der Erfinder nunmehr gelöst zu haben. Er bringt ein Modell seiner Flugmaschine in der Turnhalle der Ober-Realschule (am Wilhelmplatz) zur Ausstellung. Der 2 Meter hohe, 7 Meter lange und 80 cm breite Apparat ist ein Zweidecker. Das auf 4 Pneumatikrädern ruhende Gestell ist aus Holz angefertigt, da dieses widerstandsfähiger und elastischer als Stahl und Eisen ist. In der Mitte des Apparates, in der Höhe der unteren Tragfläche, befindet sich der Führer, und darum 6 Sitze für Passagiere. Vor dem Führer befindet sich eine Windhaube und über derselben werden die Segel für Seiten- und Höhensteuerung angebracht. Die erstere gleicht einem Vooststeuer, letztere einem schwanzenähnlichen Rahmen, der sich hebt und senkt. Der Motor wird an der Vorderseite zwischen Ober- und Unterdeck eingebaut und soll bei 1000 Touren in der Minute den aus Ahornholz gefertigten Propeller treiben. Der Erfinder glaubt durch diese Ausfindung, die Mittel zu erhalten, um den verbleibenden Motor anzuschaffen und die Tragflächen anstatt der provisorischen Ueberspannung durch billigen Stoff mit der Vorkoplanje überziehen zu können. Er hofft auch noch weiter, daß sich dadurch Freunde des Flugports für seinen Apparat zu finden, die ihm durch Beihilfen die Fertigstellung seines Apparates ermöglichen. Leider war in letzterer Hinsicht — wenigstens was die Wiesener Bürgerchaft anlangt — bislang wenig Aussicht auf Erfüllung vorhanden. Auch der Besuch läßt viel zu wünschen übrig, obwohl der Eintrittspreis von 30 Pf. sehr minimal ist. Hoffentlich tritt in den nächsten Tagen darin eine Wendung ein, und es kann speziell auch der Wiesener Arbeiterschaft nur empfohlen werden den Flugapparat — die Erfindung eines Arbeiters — in Augenschein zu nehmen. Geöffnet ist die Ausstellung noch bis Sonntag, den 11. Juni, von Vormittag 8 Uhr bis Abend 8 Uhr, und sind Billets im Vorverkauf u. a. auch im Gewerkschafts-haus und in den Konjunkturlagern erhältlich.

**Wiesbaden, 5. Juni.** Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung wurden wiederum einige wichtige Beispiele bekanntgegeben, wie die freisinnige Kommunalverwaltung der Stadt Wiesbaden bei der beschäftigten Arbeitern die Sozialistensfreiheit raubt! — Dem Kartell angehängt haben sich die Gastwirtsgehilfen. — Die Verhandlungen der Gewerkschaften haben zu einem günstigen Abschluß für die Arbeiter geführt. — Zum Streik der Arbeiter und Justizbeamte wurde bekanntgegeben, daß drei Firmen den Tarif anerkannt haben, während die übrigen Arbeitgeber bezogen der Vereinigung mit den Streikenden in Verhandlungen eingetreten sind. Die Zahl der Streikenden beträgt nur noch 6. — Wegen der schon längere Wochen dauernden Kartell-Kassierung haben erneut Verhandlungen stattgefunden, scheiterten jedoch an der sozialen Verantwortlichkeit einiger Schachmachers. — Auch hier ist die Zahl der Ausschreitungen bis auf 10 zusammengesunken. Trotzdem aber geht der Kampf weiter und ist Jungzug von Sozialisten nun hier unter allen Umständen zu verhindern. — Organisationsbestrebungen. Wiesbaden hat die hiesige Filiale der „Victoria“ Berufsvereinigungs-gesellschaft angegründet zu haben. Zunächst wurde ein schon neuem Jahre bei der Gesellschaft tätigen Entschlossen, der gleich seinen deutschen Berufskollegen sich vor einiger Zeit der Gewerkschaftsorganisation angeschlossen hatte, unter eigenartigen Umständen gelöst hat. Die hiesige Arbeiterschaft wird den Forderungen der hiesigen Filiale in der Folgezeit ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, wobei besonders darauf hingewiesen sei, daß die organisierten Einflüsse im Besitze von Organisations-Legitimationen sind. — Der Schwerpunkt betraf die zu errichtende Reichsausschüssliche. Sämtliche Gewerkschaften bis auf drei hatten sich in ihren Versammlungen mit einer solchen Einrichtung einverstanden erklärt und der Erhöhung des Beitrags um 20 Pfg. zugestimmt. Die bestimmte Beschlusse über die Einrichtung der Reichs-Ausschüsslichen wurde noch zurückgestellt, was den drei Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, bezüglich der Beitragserhöhung ihren ablehnenden Standpunkt zu revidieren. — Am 2. Sonntag, den 12. Juni, bezogen die Vorträge des Genossen Dr. Dürker wurde wiederum hingewiesen. — Die nächste Volks-Versammlung findet am 19. Juni statt und gelangt Max Schachmachers mit dem Vorschlag, eine entsprechende Beschlusse über die Gewerkschaften zu verabschieden. — Der Vorstand wurde alsdann beauftragt, Beschlüsse der zuständigen Ausschüsse über die entsprechenden Maßnahmen zu erarbeiten.

**Landeshut, 5. Juni.** In die Wähler des Wahlkreises Jauer-Landeshut-Pollentz. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten.

**Wiesbaden, 4. Juni.** Die Wähler des Wahlkreises Jauer-Landeshut-Pollentz. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten.

**Wiesbaden, 5. Juni.** Die Wähler des Wahlkreises Jauer-Landeshut-Pollentz. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten. Der Reichstagswahlkampf und die Stadtvorordnetenwahlen in Wiesbaden gute Erfolge bringen möchten.

## Aus Oberschlesien.

### Der Beginn des Reichstagswahlkampfes.

Das Zentrum hat für die Wahlkreise Neutheben-Tarnowitz und Kattowitz-Jabrze seine Reichstagskandidaten nominiert und wie vorauszusehen war, jedes Entgegenkommen an die Arbeiterschaft und den Mittelstand außer Acht gelassen. Denn Herr Graf Edwin Henkel v. Donnerstern auf Komolowitz, der für Neutheben-Tarnowitz kandidiert, ist ein Agrarier vom reinen Wasser, der aber auch sehr stark an der Industrie interessiert ist. Mit der Kandidatur des Landtagsabgeordneten Fürstlicher Geh. Rat Dr. Wysłowski, eines mehr als reaktionären Herrn, den man für Kattowitz-Jabrze aufgestellt hat, soll offenbar ein Köder für die Beamten und das Deutschum hingeworfen werden. Interessant ist nun die Erklärung des Vorhanges der ober-schlesischen Zentrumsparthei, des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stephan, der da gesagt hat, daß die Vertreter der Berg- und Hüttenparthei an ihn herangetreten seien mit dem Wunsche, daß das Zentrum Kandidaten aufstellen möge, die nicht industriefeindlich seien. Also die sich so arg beschendenden Liberalen haben mit dem Zentrum ein Kompromiß machen wollen, daß aber, wie Figuren zeigt, in die Brüche gegangen ist. Die „Kattowitzer Zeitung“, das Organ des Hüttenliberalismus, ist nun über die Erklärung Dr. Stephans ganz entsetzt und meint: „Mit einem solchen Versuch können nur diejenigen Chefs der ober-schlesischen Verwaltungen herantreten sein, die dem Zentrum angehören.“ Das dürfte denn doch ein sehr großer Irrtum sein, und nur davon zeugen, daß die Redaktion der „Kattowitzer Zeitung“ nicht unterrichtet ist, wer denn eigentlich das Zentrum in Oberschlesien repräsentiert. Der Fürst v. Donnerstern, etwa drei Grafen dieser Linie, Graf Schaffgotsch und Graf Valsekstein, die alle durch den schaffgotschen Generaldirektor Dr. Stephan repräsentiert werden, und dessen Wille in Oberschlesien höchstes Gesetz aller Schwarzen ist, bilden die Zentrumsparthei. Das einer dieser Herren zu Dr. Stephan gekommen sein sollte, wird doch im Ernst niemand glauben, denn Dr. Stephan selbst sehr genau, was seine Auftraggeber wünschen. Es sind also schon andere Herrschaften gewesen, die gerne ein Kompromiß angebahnt hätten. Da nun aber gar am 7. Juni die liberalen Chefs der anderen Industrie-werke zusammengetreten wollen, um zu den Kandidaturen Stellung zu nehmen, worin auch „die großen deutschen Wählermassen“ berücksichtigt werden sollen, so darf man gespannt sein, was nach alles kommen wird. Die Industriebarone sollten dem sogenannten Zentrumsvorschlage zustimmen, denn reaktionäre Kandidaten wird selbst ein Dr. Wolz nicht finden können, es sei denn, daß er sich selbst für solch einen hält.

Nachdem nun das Zentrum sein Schweigen gebrochen hat, werden die Polen und das Industriekapital wohl bald folgen. Die Fortschrittler gehen mit den „Deutschen“, das heißt mit dem Hüttenliberalismus, wie es ja nicht anders zu erwarten war. Die Sozialdemokratie steht wie überall einer reaktionären Masse gegenüber, wenn diese auch vorläufig in viele Lager gespalten ist. Der Kampf hat begonnen und daß die Sozialdemokratie ihren Mann stellen wird, das werden die Herren von Dr. Wolz bis herunter zu Prjibilla zu ihrem Leidwesen erfahren müssen.

**Oppers, 6. Juni.** Ein gutes Geschäft gemacht. Im nahegelegenen Krawitz gibt es eine Papierfabrik, deren Hauptaktionäre die Herrschaft von Donnerstern sind. Das eine Million beitragende Aktienkapital hat immer reiche Dividende gebracht, wozu die unglaublich niederen Löhne mitbewiesen mußten. In dem Geschäftsbericht von 1910 wird wieder vom flotten Geschäftserfolg berichtet. Man hat sich entschlossen, den Betrieb zu vergrößern, eine zweite Papiermaschine aufzustellen und weitere technische Vervollkommnung des Betriebes vorzunehmen. Hierzu mußte das Aktienkapital auf anderthalb Millionen erhöht werden. Da die neuen Aktien vom 1. Januar 1912 dividendenberechtigt sind, und die Dividende pro 1910 20 Prozent betrug, so haben die Aktionäre natürlich freudig zugestimmt, zumal ja auch die neuen Aktien in fremde Hände geraten. Daß den Arbeitern irgend eine Zulage gegeben ist, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen.

**Kattowitz, 6. Juni.** Die Steuerzuschläge der Dörfer. Auf Vorschlag der Gemeinden und mit Zustimmung des Regierungspräsidenten, hat der Kreis-Ausschuß in seiner letzten Sitzung für die Nachbargemeinden folgende Steuerzuschläge festgelegt: Bogutschitz 200 Prozent der Einkommensteuer, 400 Prozent der Gewerbesteuer, 350 vom Tausend des gemeinen Wertes als Grund- und Gebäudesteuer, 100 Prozent der Betriebssteuer. Domb 210 Prozent der Einkommensteuer, 200 Prozent der Realsteuer und 200 Prozent der Betriebssteuer. Laurahütte 240 Prozent der Einkommensteuer, 270 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer, 372 Prozent der Gewerbesteuer und 100 Prozent der Betriebssteuer. Einer ganzen Reihe weiterer Gemeinden ging es ähnlich; nur Schoppitz-Roszdin kann sich rühmen mit 135 Prozent der Einkommensteuer auszukommen. In all diesen Dörfern ist die Grundsteuer zu Hause. Die ungewöhnlich hohen Steuern, die in Oberschlesien leider überall üblich sind, sind nun dadurch möglich, daß die Betriebe in den Bezugsbereichen liegen, womit die Herren Industriebarone sich vom Steuerzahlen drücken können, und dieses gerne ihren Arbeitern und Angestellten überlassen.

# Weidet den Schnaps.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion... Briefkasten... Die Frau muß also auch in diesem Falle die Schulden bezahlen...

6. Mitteilung

Für den Gewerkschaftshaus-Fonds sind folgende Beträge eingezahlt worden: Anteilchen Nr. 665 400, 666 5, 667 5, 668 5, 669 100...

Korporativbeiträge wurden eingezahlt: vom Verband der Sattler 300, Distrikt 19 des Sozialdemokratischen Vereins 20...

Versammlungen und Vereine

Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 7. Juni: Maler-Versammlung im Saale. Handlungsbüchlein. Donnerstag, den 8. Juni: Französischer Unterricht. Abends 8 Uhr im Billardzimmer...

Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Besprechung abgehalten, zu der sämtliche Zahlabend-Referenten und Distriktsführer eingeladen sind...

Glash. Wahlverein. Sonnabend, den 10. Juni: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Wahlen sind willkommen.

Sahnau. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 7. Juni, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung in der 'Hoffnung'...

Jauer. Deutscher Bauarbeiterverband. Jeden Mittwoch nach dem ersten jeden Monats, Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im 'Adler'.

Deutsch-Lissa. Bauarbeiterverband. Mittwoch, den 7. Juni: Mitgliederversammlung im 'Gelben Löwen'.

Pfaffendorf. Kreis Striegau. Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel. Sonntag, den 11. Juni, Nachmittags 3 Uhr...

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 11. Juni, Vormittags 9 1/2 Uhr: Versammlung im 'Bismarck'.

Königsgrund, Lohestr. 45/47. Gr. Schleifentanz Kränzchen. Morgen Mittwochs. Anfang 8 Uhr.

Oppeiner Schlossbräu, Friedr.-Wilhelmstr. 32. Großer Tanz. Jeden Mittwoch: Touren- und Schleifentanz.

Schwarzer Bär, Pöpelwitz. Seite 3. Freitag: Großer Tanz-Vergnügen.

Praktisches Kochbuch für die bürgerliche Küche von Bertha Walter. Gut gebunden nur 75 Pf. Buchhandlung Volkswacht.

Zigarren. 100 Stück 5.20 bis 10.00 Mk. Zigarren-Fabrik E. Lampke. Fabrik, Verkauf und Versandgeschäft: Breslau, Hofplatz 11...

Im Zwing und Bann. Historischer Roman aus der Zeit der Bauernkriege von Wilhelm Jensen. Gute Remittenden-Exemplare. Preis 1.00 Mark...

Proletarierkrankheit und franke Proletarier. Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas. Preis 20 Pfg.

Gramsch-Porter. 2047. Bleibt das BESTE. ärztlich empfohlen - alkoholfarm. Generalvertrieb: Max Hübner, Breslau VI. Telefon 2244.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frölich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre. Preis 20 Pfg.

Gekrönte Sanguiniker. Von H. Leuß. Inhalt: Karl der Kühne - Kaiser Maximilian I. Gustav III. und Friedrich Wilhelm IV. 286 S. Text mit 4 Porträts, statt 5 M.: 80 Pf.

Strehlen. Bier-Bräuereien. Jaekel, Rob., Lagerbier, Brauerei A. G.

kl.-Tschansch. Bäckerei u. Conditorei. Jentsch, Gustav, Chaussee 13.

Waldenburger Industrieviertel. Abzahlungs-Geschäfte. Deutsch, F., Ebnstraße 1.

Waldenburger Industrieviertel. Bäckereien u. Conditoreien. Biedermann, H., Waldenburgerstr. 17.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

- List of suppliers and their products: Rolke, Herm., Vorkaufhandlung, Zahn-Ateliers, Polsterwaren, Papier- und Schreibwaren, Photographische Ateliers, Holzwaren, Lederhandlung, Herren-Garderoben, Kolonial- und Gemischtwaren, etc.

Kolonial- u. Gemischtwaren. Bernhard, Rob., Sorgau 16.

Möbelschneiderei und Sargmagazin. Streitzel, Franz, (seitige Möbel).

Weissstein, N.-Hermendorf. Bäckereien. Franke, Rich., Neu-Salzbrunn.

Fleischerei u. Wurstfabrik. Hennig, P., Jüdischenstr. 7.

Hüte, Mützen, Pelzwaren. Baum, Carl, Teller-Waldenburgerstr. 6.

Kolonial- u. Gemischtwaren. Schmidt, R., Neu-Waldenburgerstr. 1.

Lederhandlung. Schitten, Mag., Knochstr. 4.

Manufaktur- u. Modewaren. Waldbach, Werner, A. Hoehn, Friedländerstr. 1.

Hübel- und Sargmagazine. Gottschling, C., Lützenstr. 14.

Musikinstrumente. Barisch, J., Gottesbergerstr. 2.

Polstermöbel, Lederwaren. Hübner, G., Friedländerstr. 22.

Putz, Wasche, Wollwaren. Hempel & Ludwig, Ring 14.

Lewin, Martin. Kleis große Schuhfabrik, Gelegenheitsposten.

Sabeck. Schuhwaren u. Schuhmacher. Gaus, Paul, Gartenstraße 24.

Wüstgierdorf, Blumenau. Bäckereien und Konditoreien. Edel, Edmund, Pflanzengasse u. Zücker.

